

This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + Refrain from automated querying Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at http://books.google.com/



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + Beibehaltung von Google-Markenelementen Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter http://books.google.com/durchsuchen.

Rreis=Ordnung

für die Provingen

Off- und West-Preußen, Brandenburg, Pommeru, Schlessen und Sachsen,

vom 13. Pezember 1872,

mit den Abänderungen und Ergänzungen der Novelle vom 19. März 1881.

Mit ausführlichem Sachregifter.

STANFORD LAW LIBRARY

Frestan 1881. 3. U. Kern's Berlag. (Max Miller.) ovajel. any du no fu. 1 58

Photomise, N. Y. Photom

Germany. Laws, statutes ,

Freis-Ordnung

JUBITLA

für die Provinzen

Die §§ 22 bis 45, sowie der § 53 der Kreisordung sind gemäß § 146 der Landgemeindeordnung sür die sieben östlichen Provinzen der Monarchie vom 3. Juli 1891 mit dem 1. April 1892 außer Kraft getreten.

> Breslan 1881. J. U. Kern's Berlag (Max Müller).

polymotoda jalaqmed bni8

Gennany, Liens, Chie

JU3 I 3:

kreis-Ordnung

für die Provingen

Oft = und Weftpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlefien und Sachsen,

vom 13. Pezember 1872, mit den Abänderungen und Ergänzungen der Novelle vom 19. März 1881.

Mit ausführlichem Sachregifter.

Breslan 1881. J. U. Rern's Berlag (Mar Müller). ovafel. Cuyyda no had \$8 Pula 1 to 1 motoria

Germany: Lans, Matalegge Jus

kreis-Ordnung

für die Provingen

Oft = und Weftpreußen, Brandenburg, Dommern, Schlefien und Sachsen,

vom 13. Dezember 1872, mit den Abänderungen und Ergänzungen der Novelle vom 19. März 1881.

Mit ausführlichem Sachregifter.

Breslan 1881. 3. U. Rern's Berlag (Mar Müller).



L 7379
MAR 2 9 1933



Inhalt.

	Seite	
Geset, betreffend die Abänderung von Bestimmungen der Kreisordnung für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen, vom 13. Dezember 1872 und die Ergänzung derselben vom 19. März 1881		
Kreisordnung, vom 1. April 1881 an gültiger Cext.		
Erfter Titel.		
Von den Grundlagen der Kreis-Verfaffung.		
Erster Abschnitt. Bon bem Umfange und ber Begrenzung ber Kreise (§§ 1—5)	10	
Bweiter Abschnitt. Bon den Kreisangehörigen, ihren Rechten und Pflichten (§§ 6—19)	12	
Dritter Abschnitt. Rreis-Statuten und Reglements (§ 20)		
Zweiter Titel.		
Von der Gliederung und den Aemtern des Kreises.		
Erster Abschnitt. Allgemeine Bestimmungen (§ 21)		
8 weiter Abschnitt. Bon dem Gemeindevorsteher- und Schöffenamte, sowie von der Ortsverwaltung der selbstftftändigen Gutsbezirke (§§ 22—34)		
Dritter Abichnitt. Bon ber Aufhebnng ber mit bem Befige gewiffer Grunbftude verbunbenen Berechtigung		
und Berpstichtung zur Berwaltung bes Schulzenamts (§§ 36—45)	24	
(88 30-30)		1
		r

€	seite
Bierter Abschnitt. Bon ben Amtsbezirken und bem Amte ber Amtsvorsteher (§§ 46—63, 65—73)	
	26
Fünfter Abschnitt. Bon dem Amte des Landraths	90
(§§ 74—77)	39
Sechfter Abschnitt. Bon bem Zwangsversahren ber Behörben bes Kreises (§§ 79-83) fortgefallen.	
Dritter Titel.	
Von der Vertretung und Verwaltung des Areises.	
Erfter Abichnitt. Bon ber Zusammensetzung bes Rreis-	
tages (§§ 84—114)	40
Zweiter Abschnitt. Bon ben Bersammlungen und Ge- schäften bes Kreistages (§§ 115—126)	51
Dritter Abichnitt. Bon bem Rreishaushalte (§§ 127-129)	56
Bierter Abschnitt. Bon dem Kreisausschusse, seiner Zusammensetzung und seinen Geschäften in der Kreiskommunal- und allgemeinen Landesverwaltung (§§ 130-134, 136—139, 164 und 166)	
(§§ 130-134, 136-139, 164 und 166)	57
Fünfter Abschnitt. Bon den Kreiskommissionen (§§ 167 und 168)	6 0
Bierter Titel.	
Von den Stadtkreifen (§§ 169-175)	61
Fünfter Titel.	
Von der Oberaufsicht über die Areisverwaltung (§§ 176—180).	62
Sechster Titel.	
Besondere Bestimmungen für Die Proving Sachsen (§ 181)	64
Siebenter Titel.	
Allgemeine Uebergangs. und Ausführungs Bestimmungen (§§ 183—186, 199 und 200)	65
Wahl-Reglement	66



Gefet,

betreffenb

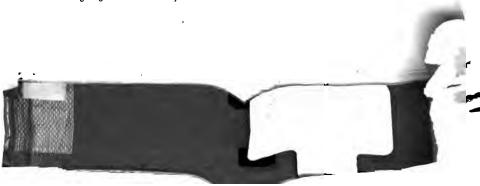
die Abänderung von Bestimmungen der Kreisordnung für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen, vom 13. Dezember 1872 und die Ergänzung derselben. Vom 19. März 1881.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c. verordnen, mit Zustimmung beiber Häuser bes Landtages ber Monarchie, was folgt:

Artifel I.

Die §§ 3, 4, 7 Ziffer 2, 8 Absat 5 und 6, 10, 12, 13 Sat 1, 17, 18 Sat 1 und 2, 19, 22, 23 Absat 2, 25, 30, 31 Absat 4, 32, 42, 49 Absat 2, 51 Rr. 1, 56 Absat 3, 57 Absat 5 und 6, 61, 62 Absat 2, 65, 67, 68, 72, 74, 97 Absat 1 Ziffer 7, 110 Absat 2, 113, 116 Ziffer 8 Absat 2, 129, 133, 134 Rr. 3 und 5, 139, 170, 173, 175, 176, 177, 178, 180 und 181 der Kreisordnung für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Bosen, Schlesen und Sachsen, vom 13. Dezember 1872 (Gesetsamml. S. 661) werden durch nachstehende*, den disherigen Zifferzahlen entsprechende Bestimmungen erset.

^{*} Unmerkung. Die in ben Artikeln I, II und III angegebenen Anberungen, Zusätze und Streichungen find in ber vorliegenden Ausgabe ber Kreisordnung berücksichtigt, so daß dieselbe ben vom 1. April 1881 an gultigen Wortlaut enthält.



Ingleichen werden hinter den §§ 26, 34, 49, 51, 54, 55, 70, 112, 128 und 177 die folgenden* neuen §§ 26a, 34a, 49a, 51a, 54a, 55a, 55b und 55c, 70a, 112a, 128a und 177a eingestellt, sowie den §§ 20, 51, 57 und 59 nachstehende* Busätze hinzugestügt.

Artifel II.

Bo in der Kreisordnung ein Geldbetrag in der Thalerwährung ausgedrückt ist, tritt der entsprechende Betrag in Reichs-

währung an die Stelle.

In der Ueberschrift und in der Einleitung der Kreisordnung sind die Worte: "Prodinzen Preußen" durch: "Prodinzen Ostund Westpreußen" zu ersetzen und in den §§ 118 Absat 4, 125 Absat 4 und 127 Absat 3 ist an Stelle der Worte: "der Bezirksregierung" zu setzen: "dem Regierungspräsidenten".

Der sechste Titel erhalt die Ueberschrift: Besondere Bestim-

mungen für die Proving Sachsen.

An die Stelle des der Kreisordnung beigefügten Bahlreglements tritt das in der Anlage beigefügte Bahlreglement.*)

Artifel III.

Das Wort: "Posen" in der Ueberschrift und Einleitung, die §§ 35, 64, 67 Absatz 1, 78, 79 bis 83, 107 Absatz 2, 111 Absatz 2, 135, 137 Absatz 3, 140 bis 163, 165, 182, 187 bis 198 der Kreisordnung, die Klammer (§ 79) am Schlusse er §§ 29 und 60, desgleichen die Klammer (§ 162) im § 164, sowie die Worte "und 79" im § 31 Absatz 2 a. a. D. kommen in Wegsall.*

Artitel IV.

§ 1. Die Aufsicht über die öffentlichen Wege und beren Bubehörungen, sowie die Sorge bafür, bag ben Bedurfniffen



^{*} Anmerkung. Die in ben Artikeln I, II und III angegebenen Aenderungen, Zusate und Streichungen sind in der vorliegenden Ausgabe der Kreisordnung berücksichtigt, so daß dieselbe den vom 1. April 1881 an gultigen Wortsaut enthält.

bes öffentlichen Berkehres in Bezug auf bas Wegewesen Genüge geschiebt, perbleibt in dem bisberigen Umfange den für die Wahrnehmung der Wegepolizei zuständigen Behörden. dazu Leistungen erforderlich, fo hat die Wegepolizeibehörde den Bflichtigen gur Erfüllung feiner Berbindlichkeit binnen einer angemessenen Frist aufzufordern, und, wenn die Berbindlichkeit nicht bestritten wird, erforderlichen Falles mit ben gefetlichen Awanasmitteln anzubalten. Auch ist die zuständige Begepolizeibehörde befugt, das zur Erhaltung des gefährbeten ober aur Wiederherstellung des unterbrochenen Bertehrs Nothwendige. auch ohne vorgängige Aufforderung des Berpflichteten, für Rechnung beffelben in Ausführung bringen ju laffen, wenn bergestalt Gefahr im Berguge ist, daß die Ausführung ber borzunehmenden Arbeit burch ben Berpflichteten nicht abgewartet merben fann.

§ 2. Gegen die Anordnungen der Wegepolizeibehörde, welche den Bau und die Unterhaltung der öffentlichen Wege oder die Ausbringung und Vertheilung der dazu ersorderlichen Kosten oder die Inanspruchnahme von Wegen für den öffentlichen Verkehr betreffen, sindet als Rechtsmittel innerhalb zwei Wochen der Einspruch an die Wegepolizeibehörde statt.

Wird der Einspruch bei denjenigen Behörden erhoben, welche zur Beschlußsassung oder Entscheidung auf Beschwerden gegen Beschlüsse oder Berfügungen der Wegepolizeibehörde zuständig sind, so haben diese Behörden das Schriftstuck an die Wegepolizeibehörde zur Beschlußsassung abzugeben, ohne daß die Zwischenzeit auf die Frist zur Erhebung des Einspruchs anzurechnen ist.

Ueber den Einspruch hat die Wegepolizeibehörde zu beschließen. Gegen den Beschluß sindet die Klage im Bermaltungsstreitversahren statt. Dieselbe ist, soweit der in Anspruch Genommene zu der ihm angesonnenen Leistung aus Gründen des-öffentlichen Rechts statt seiner einen Anderen für verpslichtet erachtet, zugleich gegen diesen zu richten. In dem Berwaltungsstreitversahren ist entstehenden Falles auch



darüber zu entscheiden, ob der Weg für einen öffentlichen zu erachten ist.

Auch im Uebrigen unterliegen Streitigkeiten der Betheiligten darüber, wem von ihnen die öffentlich-rechtliche Verpflichtung zur Anlegung oder Unterhaltung eines öffentlichen Weges obeliegt, der Entscheidung im Verwaltungsstreitversahren.

Die Klage ist in den Fällen des dritten Absates innerhalb zwei Bochen anzubringen. Das zuständige Berwaltungsgericht fann zur Vervollständigung der Klage eine angemessene Rachefrist gewähren. Durch den Ablauf dieser Fristen wird jedoch die Klage im Verwaltungsstreitversahren auf Erstattung des Geleisteten gegen einen aus Gründen des öffentlichen Rechts verpslichteten Dritten nicht ausgeschlossen.

Bustandig im Berwaltungsstreitversahren ist in erster Instanz ber Kreisausschuß, in Stadtkreisen, in Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern, und, sofern es sich um Chaussen handelt, oder ein Provinzialverband, Landeskommunal: oder Kreis-Kommunalverband als solcher betheiligt, oder wenn die Klage gegen Beschlüsse des Landrathes gerichtet ist, das Bezirksberwaltungsgericht.

Bird ein Beg im Verwaltungsstreitversahren für einen öffentlichen erklärt, so bleibt demjenigen, welcher privatrechtliche Unsprüche auf den Beg geltend macht, der Antrag auf Entsichabigung gegen den Wegebauberpslichteten im ordentlichen Rechtswege nach Maßgabe des § 4 des Gesetzes dom 11. Mai 1842 (Gesetzamml. S. 192) vorbehalten.

Auf die Einziehung und Berlegung öffentlicher Bege findet bas borftebende Berfahren finngemäße Anwendung.

Artifel V.

Diefes Gefet tritt am 1. April 1881 in Kraft.

Der Minister bes Innern wird ermächtigt, ben Text der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872, wie er sich aus den in den Artikeln I, II, III sestgestellten Aenderungen ergiebt, durch die Gesetzammlung bekannt zu machen.



lichen

igten tung i ob:

:balb :richt lach:

des des des

anz als elt, is:

ige

ts: en he

nt: n ai

Artifel VI.

Mit bem im Artikel V bezeichneten Zeitpunkte werden bie §§ 44, 46 bis 48, 52 bis 59, 62 bis 73 und 115 des Gesetzes bom 26. Juli 1876, betreffend die Zuständigkeit ber Berwaltungsbehörden und der Berwaltungsgerichtsbehörden 2c. (Gesetzsamml. S. 297) aufgehoben.

Ingleichen treten mit dem gedachten Zeitpunkte alle mit den Borschriften des gegenwärtigen Gesetzes in Widerspruch stehenden Bestimmungen außer Kraft.

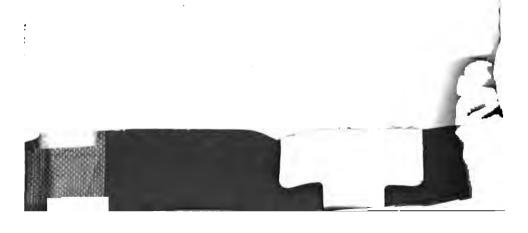
Urfundlich unter Unferer Höchsteigenhandigen Unterschrift und beigebrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 19. März 1881.

(L. S.) -

Wilhelm.

Fürst v. Bismarc. Gr. zu Stolberg. v. Kamete. Maybach. v. Puttkamer. Lucius. Fried= berg. v. Boetticher.



Areis-Ordnung

für bie

Provinzen Oft- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen, vom 13. Dezember 1872, mit den Abänderungen und Ergänzungen der Novelle vom 19. März 1881.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c. berordnen mit Zustimmung beider Häuser des Landtages für die Prodinzen Ost: und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen, was folgt:

Erster Titel.

Don den Grundlagen der Kreis-Verfaffung.

Erfter Abfconitt.

Von dem Umfange und der Begrenzung der Kreise.

§ 1. Die Kreise bleiben in ihrer gegenwärtigen Begrenzung als Berwaltungsbezirke besteben.

§ 2. Jeber Kreis bilbet nach naherer Borschrift bieses Gesiehes einen Kommunalverband zur Selbstverwaltung seiner Angelegenheiten mit den Rechten einer Korporation.

§ 3. Die Beränderung bestehender Kreisgrenzen und die Bildung neuer, sowie die Zusammenlegung mehrerer Kreise erstolgt burch Geset.

Der Bezirksrath befoließt über die in Folge einer solchen Beränderung nothwendig werdende Auseinanderseyung zwischen



den betheiligten Kreisen, borbehaltlich der den letteren gegenein: ander zustehenden Klage bei dem Bezirksberwaltungsgerichte.

Beränderungen solcher Gemeindes ober Gutsbezirksgrenzen, welche zugleich Kreisgrenzen sind, sowie die Bereinigung eines Grundstückes, welches bisher einem Gemeindes oder Gutsbezirke nicht angehörte, mit einem in einem andern Kreise belegenen Gemeindes oder Gutsbezirke, ziehen die Beränderung der betreffenden Kreisgrenzen und, wo die Kreiss und Wahlbezirksgrenzen zusammenfallen, auch die Beränderung der letzteren ohne Weiteres nach sich.

Eine jede Beränderung der Kreisgrenzen ist durch das Amtsblatt bekannt zu machen.

§ 4. Städte, welche mit Ausschluß der aktiven Militärpersonen eine Einwohnerzahl von mindestens 25 000 Seelen haben und gegenwärtig einem Landkreise angehören, sind besugt, für sich einen Kreisverband, Stadtkreis (§ 169) zu bilden und zu diesem Behuse aus dem bisherigen Kreisverbande auszuscheiden.

Auf den Antrag der Stadt wird dieselbe durch den Minister

bes Inneren für ausgeschieden erklärt.

Durch Königliche Berordnung kann nach Anhörung des Provinziallandtages auch Städten von geringerer Sinwohnerzahl auf Grund besonderer Berhältnisse das Ausscheiden aus dem bisherigen und die Bildung eines eigenen Kreisverbandes gestattet werden.

Es ist jedoch zubor in allen Fällen eine Auseinandersetzung darüber zu treffen, welchen Antheil die ausscheidende Stadt an dem gemeinsamen Attid: und Passidvermögen des bisherigen Areises, sowie etwa an fortdauernden Leistungen zu gemeinssamen Zwecken der beiden neuen Areise zu übernehmen hat.

Ueber die Auseinanderschung beschließt der Bezirksrath vors behaltlich der den Betheiligten gegen einander zustehenden Klage

bei dem Bezirksverwaltungsgerichte.

§ 5. Privatrechtliche Verhältnisse werden durch Beränderunsgen der Kreisgrenzen (§§ 3, 4) nicht herührt.



3 weiter Abschnitt.

Bon ben Rreis: Angeborigen, ihren Rechten und Pflichten.

- § 6. Angehörige bes Kreifes sind, mit Ausnahme ber nicht angeseffenen fervisberechtigten Militarpersonen bes aktiven Dienststandes, alle diejenigen, welche innerhalb des Kreises einen Wohnfit haben.
 - § 7. Die Kreisangehörigen find berechtigt:

1) jur Theilnahme an der Berwaltung und Bertretung bes Kreises, nach näherer Borschrift biefes Gesetzes,

2) jur Mitbenutung ber öffentlichen Ginrichtungen und Anstalten des Kreises nach Maßgabe der für diesel= ben bestehenden Bestimmungen.

Die Kreisangehörigen find verpflichtet, unbesoldete Memter in der Bermaltung und Bertretung des Kreifes zu übernebmen.

Bur Ablehnung ober zur früheren Niederlegung folder Memter berechtigen folgende Entschuldigungsgrunde:

1) anhaltende Krantheit;

2) Geschäfte, die eine häufige oder lange dauernde Abwesenheit bom Bohnorte mit fich bringen;

3) das Alter von 60 Jahren;

4) bie Berwaltung eines unmittelbaren Staatsamtes:

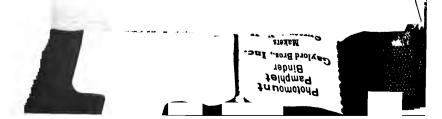
5) sonstige besondere Verhältnisse, welche nach dem Er= meffen bes Kreistages eine giltige Entschuldigung begründen.

Beträgt die Amtsbauer mehr als brei Jahre, so kann das

Umt nach Ablauf von brei Jahren niedergelegt werden.

Wer ein unbesoldetes Amt in der Verwaltung oder Vertretung bes Kreises mabrend ber vorgeschriebenen regelmäßigen Umtsbauer versehen hat, kann die Uebernahme desselben ober eines gleichartigen für die nachsten brei Jahre ablehnen.

Ber fich ohne einen ber borbezeichneten Entschuldigungs= grunde weigert, ein unbesoldetes Umt in der Bermaltung ober Berfretung bes Kreises zu übernehmen oder das übernommene Umt drei Jahre hindurch zu versehen, sowie derjenige, welcher



sich der Berwaltung solcher Aemter tros borhergegangener Aufforderung seitens des Kreisausschusses thatsächlich entzieht, tann durch Beschluß des Kreistages für einen Zeitraum von drei die sechs Jahren der Ausübung seines Rechts auf Theilnahme an der Bertretung und Berwaltung des Kreises für verlustig erklärt und um ein Achtel bis ein Viertel stärker, als die übrigen Kreisangehorigen, zu den Kreisabgaben herangezogen werden.

Bochen den Beschluß des Kreistages findet innerhalb zwei Bochen die Klage bei dem Bezirksberwaltungsgerichte ftatt.

§ 9. Die Kreisangehörigen sind verpslichtet, zur Befriedigung der Bedürfnisse des Kreises Abgaben aufzubringen, insofern der Kreistag nicht beschließt, diese Bedürfnisse aus dem Bermögen des Kreises oder aus sonstigen Sinnahmen zu bestreiten. (§ 116 Rr. 3.)

§ 10. Die Bertheilung der Kreisabgaben darf nach keinem andern Maßstabe, als nach dem Berhältnisse der von den Kreisangehörigen zu entrichtenden direkten Staatssteuern, und zwar nur durch Zuschläge zu denselben, bezw. zu den nach §§ 14 und 15 zu ermittelnden singirten Steuersätzen der Korensen, juristischen Bersonen. 2c. erfolgen.

Die Grund-, Gebäube- und die von dem Gewerbebetriebe auf dem platten Lande aufkommende Gewerbesteuer der Klasse A. I. ist hierbei mindestens mit der Hälfte und höchstens mit dem vollen Betrage deszenigen Prozentsaßes heranzuziehen, mit welchem die Klassen- und klassische Einkommensteuer belaste wird. Im Uebrigen kann die Gewerbesteuer von der Heranziehung ganz frei gelassen, darf aber keinessalls dazu mit einem höheren Prozentsaße, als die Grund- und Gebäudesteuer heranzgezogen werden. Ausgeschlossen von der Heranziehung bleibt die Gewerbesteuer vom Hausstegewerbe.

Die erste Stufe der Klassensteuer (§ 7 des Gesess bom 1. Mai 1851 Gesetzsamml. 1873, S. 213 ff.) kann bon der Heranziehung zu den Kreisabgaben ganz freigelassen oder dazu

mit einem geringeren Prozentsaße, als die übrigen Stufen ber Klassensteuer und die klassissiste Einkommensteuer herangezogen werden. Bei den Borschriften des § 9a des oben erwähnten Gesetz behält es sein Bewenden.

§ 11. Unter Anwendung des nach diesen Grundsten (§ 10) dem Kreistage beschlossen Bertheilungs-Maßstades wird das Kreis-Abgaben-Soll für die einzelnen Gemeinden und selbstständigen Gutsbezirke im Ganzen berechnet und denselben zur Unterdertheilung auf die einzelnen Steuerpslichtigen nach demselben Maßstade zur Einziehung, sowie zur Abführung im Ganzen an die Kreis-Kommunalkasse überwiesen.

Den Städten bleibt die Beschlußnahme darüber, wie ihre Antheile an den Kreisabgaben aufgebracht werden sollen, vorsbebalten.

§ 12. Der Maßstab, nach welchem die Kreisabgaben zu vertheilen sind, ist für jeden Kreis dis zum 30. Juni 1874 ein für alle Mal sestzustellen und demnächst unverändert zur Anwendung zu bringen. Der Kreistag ist jedoch besugt, hierbei zu den Kreisabgaben für Verkehrsanlagen die Grund: und Gebäudesteuer, sowie die von dem Gewerbebetriebe auf dem platten Lande austommende Gewerbesteuer der Klasse A. I. innerhalb der im § 10 sestgesetzten Grenzen mit einem höheren Prozentsate als zu den übrigen Kreisabgaben heranzuziehen, beziehungsweise nach Maßgabe deß § 10 Absah 3 die erste Stufe der Klassensteuer von der Heranziehung zu diesen Kreisabgaben ganz freizulassen oder dazu mit einem geringeren Prozentsate beranzuziehen.

Kommt ein gültiger Kreistagsbeschluß über den Bertheilungsmaßstab innerhalb der festgesetten Zeit nicht zu Stande, so werden dis zur Herbeiführung dieses Beschlusses die Kreisabgaben auf die sammtlichen direkten Staatssteuern, mit Ausschluß der Haustrergewerbesteuer, nach Maßgabe des § 10 Absat gleichmäßig vertheilt.

Der Kreistag tann ben festgestellten Maßstab von fünf zu fünf Jahren einer Revision unterziehen.



en der ezogen ihnten

sfähen ftabes t und felben

nach 1g im

ihre bor: 1 ju 874

gur rbei und dem L ren

en, cfte is:

> 8: 10 8: 3: 0

Bo gegenwärtig mit Königlicher Genehmigung zu bestimmten Iweden Kreisabgaben nach besonderer Bertheilungsart erhoben werden, behält es dabei bis zum 31. Dezember 1875 sein Bewenden, sosern nicht der Kreistag schon in der Zwischenzeit auch hiersur den Uebergang zu dem, nach dem gegenzwärtigen Gesetz sessen Martigen Gesetz sessen Martigen Gesetz sessen 1. Januar 1876 ab tritt ber nach diesem Gesetz sessen 1. Januar 1876 ab tritt ber nach diesem Gesetz sessen Wasstellende Maßstab (Absat 1 und 2) auch für die bezeichneten Abgaben von selbst in Kraft.

§ 13. Sosern es sich um Kreiseinrichtungen handelt, welche in besonders herborragendem oder in besonders geringem Maße einzelnen Kreistheilen zu Gute kommen, kann der Kreistag beschließen, für die Kreisangehörigen dieser Kreistheile eine nach Quoten der Kreisabgaben zu bemessende Mehr: oder Minderbelastung eintreten zu lassen. Die Mehrbelastung kann nach Maßgabe der Beschlüsse des Kreistages durch Katurals

leiftungen erfett werben.

§ 14. Diejenigen physischen Bersonen, welche, ohne in dem Kreise einen Wohnst zu haben, beziehungsweise in demselben zu den persönlichen Staatssteuern veranlagt zu sein, in demselben Grundeigenthum besitzen, oder ein stehendes Gewerde, oder außerhalb einer Gewerkschaft Bergbau betreiben (Forensen), mit Einschluß der nicht im Kreise wohnenden Gesellschafter einer offenen Handelsgesellschaft oder einer Rommanditgesellschaft (Artitel 85 und 150 des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzuches) sind verpslichtet, zu denjenigen Kreisabgaben beizutragen, welche auf den Grundbesig, das Gewerbe, den Bergbau oder das aus diesen Quellen sließende Einkommen gelegt werden.

Ein Gleiches gilt von den juristischen Bersonen, von den Kommanditgesellschaften auf Aktien und Aktiengesellschaften (Artikel 173 und 207 des Handelsgesetzbuches), sowie Bergsgewerkschaften, welche im Kreise Grundeigenthum besitzen oder

ein stehendes Gewerbe ober Bergbau betreiben.

Der Fistus tann zu ben Kreisabgaben wegen seines aus Grundbesit, Gewerbe- und Bergbaubetrieb sließenden Ginkommens nicht herangezogen, dagegen mit der Grund- und Gebäudesteuer



um die Hälfte bessenigen Prozentsates stärker belastet werden, mit welchem die Alassen- und klassifizirte Einkommensteuer dazu herangezogen wird. Im Falle des § 12 (Absat 2) tritt diese Belastung auch ohne Beschluß des Kreistags ein.

Bergwerksbefiger, welche in dem Umfange ihres Bergwerksbetriebes den in der Klasse A. I. der Gewerbesteuer veranlagten Gewerbetreibenden gleichstehen, sind zu den Steuersagen der Klasse A. I. einzuschäßen und nach Maßgabe dieser Ein-

schätzung zu den Kreisabgaben beranzuziehen.

§ 15. Die Einschätzung der Forensen, der Bergwerksbesitzer, der Kommanditgesellschaften auf Aktien, der Aktiengesellschaften und der juristischen Bersonen zu den Kreisabgaben ersolgt, soweit sie zu den, der Bertheilung der letzteren zum Grunde gelegten Staatssteuern (§ 10) nicht schon unmittelbar herangezogen sind, von dem Kreisausschuß nach den für die Beranlagung dieser Staatssteuern bestehenden gesetlichen Borschriften unter Anwendung des für die Kreisabgaben bestimmten Antbeilsverbälknisse.

§ 16. Niemand darf von demselben Einkommen in dersichiedenen Kreisen zu den Kreisabgaben herangezogen werden. Es muß daher dasjenige Einkommen, welches einem Abgabenspslichtigen aus seinem außerhalb des Kreises belegenen Grundseigenthume, oder aus seinem außerhalb des Kreises stattssindenden Gewerbes oder Bergdaubetriede zusließt, dei Feststellung des im Kreise zu veranlagenden Einkommens desselben außer Berechnung gelassen werden. Dies geschieht durch Absehung der bezüglichen Einkommensquote von dem zur Staatssteuer beranlagten Gesammteinkommen und durch verhältnismäßige Herabsehung des sessgesellellten Steuersaßes.

§ 17. Die dem Staate gehörigen, zu einem öffentlichen Dienste oder Gebrauche bestimmten Liegenschaften und Gebäude, die Königlichen Schlösser, sowie die im § 4 zu c und d des Gesess dem 21. Mai 1861, betreffend die anderweite Regelung der Grundsteuer (Gesetziamml. S. 253), im Artikel I des Gesess dem 12. März 1877 (Gesetziamml. S. 19) und im § 3 zu 2 dis 6 des Gesess dom 21. Mai 1861, betreffend



die Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer (Gesetssamml. S. 317), bezeichneten Grundstücke und Gebäude sind don den Kreislasten befreit.

§ 18. Bis zur anderweiten gesetlichen Regelung bleiben die Dienstgrundstucke der Geistlichen, Kirchendiener und Elementarschullehrer gleichfalls von den Kreislasten befreit. Auch ist dis zu dieser Regelung die Besteuerung des Diensteinkommens der unmittelbaren und mittelbaren Staatsbeamten nur nach Maßgabe der §§ 2 und 3 des Gesetses vom 11. Juli 1822 (Gesetsamml. S. 184) und nur insoweit zulässig, als die Beiträge derselben zu den Bedürsnissen der Gemeinden ihres Bohnorts nicht bereits das in den gedachten Gestesdorschriften bestimmte Maximum erreichen, und auch dann nur innerhalb der Grenzen der letzteren. Ebenso sindet der § 10 des Gesets dom 11. Juli 1822 auf die Heranziehung zu den Kreisabgaben Anwendung.

§ 19. Auf Beschwerden und Ginspruche, betreffend:

1) das Recht zur Mitbenutung der öffentlichen Ginrichtungen und Anstalten des Kreises,

2) die Heranziehung oder die Beranlagung zu den Kreisabgaben,

beschließt ber Kreisausschuß.

Beschwerben und Einsprüche ber zu 2 gedachten Art sind innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach erfolgter Bekanntmachung der Abgabebeträge bei dem Kreisausschusse anzubringen. Einsprüche gegen die Höhe von Kreiszuschlägen zu den direkten Staatssteuern, welche sich gegen den Brinzipalsat der letzteren

richten, sind unzulässig.

Gegen den Beschluß des Kreisausschusses sindet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Bezirksverwaltungsgerichte statt. Hierbei ist die Zuständigkeit der Berwaltungsgerichte auch insoweit begründet, als disher durch § 79, Titel 14, Theil II Allgemeinen Landrechts, beziehungsweise §§ 9, 10 des Geseysüber die Erweiterung des Rechtsweges dom 24. Mai 1861 (Gesetssamml. S. 241) oder sonstige bestehende Vorschriften der ordentliche Rechtsweg für zulässig erklärt war.



Die Beschwerden und die Einsprüche, sowie die Klage haben keine aufschiebende Wirkung.

Dritter Abschnitt. Kreis:Statuten und Reglements.

§ 20. Jeber Kreis ift befugt:

1) zum Erlasse besonderer statutarischer Anordnungen über solche Angelegenheiten des Kreises, hinsichtlich deren das gegenwärtige Gesetz Berschiedenheiten gestattet (§§ 104, Absaz 2, 108, Absaz 1, und 109), oder das Gesetz auf statutarische Regelung derweist, sowie über solche Angelegenheiten, deren Gegenstand nicht durch Gesetz geregelt ist,

2) jum Erlaffe von Reglements über besondere Ginrich:

tungen bes Rreises.

Die Kreisstatuten und Reglements sind durch das Kreisblatt und, wo ein solches nicht besteht, durch das Amtsblatt auf Kosten des Kreises bekannt zu machen.

3meiter Citel.

Von der Gliederung und den Aemtern des Kreises.

Erfter Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

§ 21. Die Kreise, mit Ausnahme der Stadtkreise (§§ 4 und 169), zersallen in Amtsbezirke, beziehungsweise in Stadtund Amtsbezirke.

Die Amisbezirke bestehen aus einer ober mehreren Landsgemeinden oder aus einem ober mehreren Gutsbezirken, beziehungs:

weise aus Landgemeinden und Gutsbezirken.

An der Spise der Berwaltung des Kreises steht der Landrath, an der Spise der Berwaltung des Amtsbezirks der Amtsborsteher, an der Spise der Berwaltung der Gemeinde der Gemeindevors steher. Für den Bereich eines selbstständigen Gutsbezirks führt der Gutsborsteher die dem Gemeindevorsteher obliegende Berwaltung.



3 weiter Abschnitt.

Bon dem Gemeindevorsteher- und dem Schöffenamte, sowie von der Ortsverwaltung der selbstständigen Gutsbezirke.

§ 22. Dem Gemeindeborsteher (Schulze, Scholze, Richter, Dorfrichter) stehen zwei Schöffen (Schöppen, Gerichtsmänner, Gerichts: ober Dorfgeschworene) zur Seite, welche ihn in ben ihm obliegenden Amtsgeschäften zu unterstützen und in Behinsberungsfällen zu vertreten haben.

Wo die Bahl der Schöffen nach den bestehenden Bestimmungen

eine größere ift, verbleibt es bei berfelben.

Auch kann auf Antrag der Gemeinde die Zahl der Schöffen durch Beschluß des Kreisausschusses nach Anhörung des Amtse vorstehers vermehrt werden.

§ 23. Der Gemeinbevorsteher und die Schöffen werden von der Gemeinbeversammlung beziehungsweise der Gemeindevertretung aus der Zahl der stimmberechtigten Gemeindemitglieder durch absolute Stimmenmehrheit gewählt.

Bater und Sohn dürfen nicht gleichzeitig Gemeindebor-

fteber und Schöffen fein.

Die Wahlen erfolgen nach näherer Borschrift des biesem Gesets beigefügten Bablreglements.

§ 24. Die Bahl ber Gemeindevorsteher und ber Schöffen

erfolgt auf feche Rabre.

§ 25. Wegen der Verpflichtung zur Uebernahme, sowie wegen der Gründe für die Ablehnung des Amtes eines Gemeinder vorstehers oder Schöffen sinden die Vorschriften der Absahe 1 bis 4 des § 8 mit der Maßgabe Anwendung, daß an die Stelle des Kreistages (Absah 2, Ziffer 5 a. a. D.) die Gemeinder vertretung und, wo eine solche nicht besteht, die Gemeinder versammlung tritt.

Ber sich ohne einen ber im § 8 Absatz 2 bezeichneten Entschuldigungsgründe weigert, das Amt eines Gemeindevorstehers ober Schössen zu übernehmen, oder das übernommene Amt drei Jahre hindurch zu bersehen, sowie derzenige, welcher sich der Berwaltung solcher Aemter thatsächlich entzieht, kann



burch Beschluß der Gemeindebertretung und, wo eine solche nicht besteht, des Gemeindeborstandes, für einen Zeitraum von drei bis sechs Jahren der Ausübung seines Rechts auf Theilnahme an der Vertretung und Verwaltung der Gemeinde für berlustig erklärt und um ein Achtel dis ein Viertel stärker, als die übrigen Gemeindeangehörigen, zu den Gemeindeabgaben herangezogen werden.

Gegen den Beschluß der Gemeindebertretung beziehungsweise bes Gemeindeborstandes findet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Kreisausschusse statt.

§ 26. Die gewählten Gemeindevorsteher und Schöffen be-

burfen ber Bestätigung burch ben Lanbrath.

Bor ber Bestätigung ift ber Amtsvorsteher mit seinem Gutachten zu boren.

Die Bestätigung tann unter Zustimmung bes Rreisaus-

fouffes verfagt werben.

Bird die Bestätigung versagt, so ist eine Neuwahl anzuordnen. Erhält auch diese die Bestätigung nicht, so ernennt der Landrath auf den Borschlag des Amtsvorstehers unter Zustimmung des Kreisausschusses einen Stellvertreter auf so lange, die eine erneuerte Wahl die Bestätigung erlangt hat.

Dasselbe findet statt, wenn keine Wahl zu Stande kommt. § 26 a. Die Bestimmungen des § 26 finden auch auf andere Gemeindebeamte Anwendung, deren Wahl nach Maß-

gabe des Gesetes der Bestätigung bedarf.

§ 27. Die Gemeindeborsteher und die Schöffen werden bor ihrem Amtsantritte von dem Landrathe oder in seinem Auftrage von dem Amtsvorsteher vereidigt.

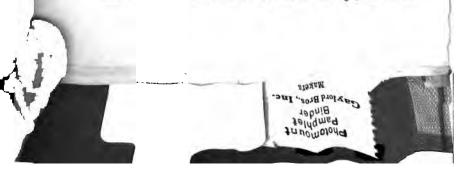
§ 28. Die Gemeindeborsteher haben Anspruch auf Ersat ihrer baaren Auslagen und auf die Gewährung einer mit ihren amtlichen Mühewaltungen im billigen Berhältnisse stehenden Entschädigung.

Die Aufbringung berfelben liegt ber Gemeinde ob.

Alle fortlaufenden Geld: und Raturalbeitrage bes Gutsherrn

gur Remuneration bes Gemeindeborftebers fallen fort.

Landbotationen, welche für die Berwaltung bes Schulgenamts ausgewiesen find, fonnen auf Grund bes gegenwärtigen



Gesets nicht zurückgesordert werden. Sind solche Landdotationen allein oder in Berbindung mit Gelds oder Naturalbeiträgen von dem Gutsherrn gewährt, so ist derselbe berechtigt, hiersür von dem Gemeindevorsteher auch serner die Wahrnehmung der Gutssvorsseher-Geschäfte beziehungsweise die Vertretung hierbei in dem bisherigen Umsange (§ 31, Absat 3) zu fordern.

Der Gutsherr wie die Gemeinde kann die Lösung eines derartigen Berhältnisses gegen Fortsall der Gelde und Naturalebeiträge und gegen Entschädigung für die Landbotationen verlangen. Der Gemeinde steht dabei das Recht zu, statt der Gewährung einer Entschädigung die Landbotation herauszugeben.

In Betreff ber Auseinandersetzung kommen die Vorschriften der §§ 41 bis 45 mit ber Maßgabe zur Anwendung, daß zu den im ersten Absate bes § 45 erwähnten Kosten auch die Gutsberren Nichts beizutragen haben.

Die Schöffen haben ihr Amt in der Regel unentgeltlich zu berwalten und nur auf den Erfat baarer Auslagen Anspruch.

§ 29. Der Gemeindeborsteher ist die Obrigkeit des Gemeindebezikks und, sofern er nicht zugleich selbst Amtsvorsteher ist (§ 56, Absat 5), das Organ des Amtsvorstehers für die Polizeisberwaltung.

Der Gemeindevorsteher hat vermöge dessen das Recht und die Psicht, da, wo die Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit ein sofortiges polizeiliches Einschreiten nothwendig macht, das dazu erforderliche vorläusig anzuordnen und ausführen zu lassen.

§ 30. Der Gemeindevorsteher hat insbesondere bas Recht

und die Bflicht:

1) ber borläufigen Festnahme und Berwahrung einer Person nach ben Vorschriften bes § 127 ber Strafprozesbordnung für das Deutsche Reich vom 1. Februar 1877 (Reichsgesetzbl. S. 253) und des § 6 des Geses zum Schutz der persönlichen Freiheit vom 12. Februar 1850 (Gesetzsamml. S. 45);

2) die unter Polizeiaufsicht stehenden Bersonen zu beauf=

sichtigen;



3) bie ihm von dem Amtsvorsteher, der Staats- oder Amtsanwaltschaft aufgetragenen polizeilichen Maßregeln auszuführen und Berhandlungen aufzunehmen;

4) bie in ben §§ 8 ff. bes Gesetzes über die Aufnahme neu anziehender Personen bom 31. Dezember 1842 (Gesetzsamml. 1843, S. 5) borgeschriebene Meldung entgegenzunehmen.

§ 31. Für ben Bereich eines felbstständigen Gutsbezirks ist der Besitzer bes Guts zu den Pflichten und Leistungen verbunden, welche den Gemeinden für den Bereich ihres Gemeinde-Bezirks im öffentlichen Interesse gesetzlich obliegen.

Derselbe hat insbesondere die in den §§ 29, 30 aufgeführten obrigkeitlichen Besugnisse und Pslichten entweder in Berson oder durch einen von ihm zu bestellenden, zur Uebernahme des Amtes befähigten Stellbertreter auszuüben. Der Letztere muß seinen beständigen Ausenthalt im Gutsbezirke oder in dessen unmittelzbarer Nähe haben.

Es können jedoch auch außer dem im § 28 Abs. 4 vorgesehenen Falle seitens des Besitzers des Guts sämmtliche oder einzelne Gutsvorstehergeschäfte an den Vorsteher einer benachbarten Gemeinde unter Beider Zustimmung gegen eine

angemessene Entschädigung übertragen werden.

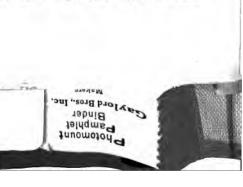
Chefrauen, sowohl groß: wie minderjährige, werden rücksichtlich der angesührten Rechte und Pflichten durch ihren Ehemann, Kinder unter bäterlicher Gewalt durch ihren Bater und bevormundete Personen durch ihren Bormund ober Pfleger vertreten.

§ 32. Die Bestellung eines Stellvertreters muß erfolgen, wenn

1) das Gut einer juristischen Person, einer Attiengesellschaft ober einer Kommanditgesellschaft auf Attien gehört, oder wenn mehrere Mitbesitzer sich nicht darüber einigen, wer von ihnen die Geschäfte des Gutsvorstehers wahrnehmen soll;

2) ber Gutsbefiger fein Ungehöriger bes Deutschen

Reiches ift;



- 3) berselbe nicht seinen beständigen Aufenthalt im Gutsbezirke oder in dessen unmittelbarer Nähe hat, oder
- 4) wegen Krankheit ober aus anderen in feiner Person liegenden Gründen außer Stande ist, die Pflichten eines Gutsvorstehers zu erfüllen.

In den borstehend unter I bis 4 bezeichneten Fällen kann auf den Antrag des Gutsbesitzers auch ein Stellvertreter für den ernannten Gutsborsteher bestellt werden, welcher in Fällen der Behinderung des letzteren die Gutsborstehergeschäfte wahrzunehmen hat.

Für die von dem Hauptgute entfernt belegenen Theile eines selbstständigen Gutsbezirkes kann von dem Kreisausschuffe die Bestellung besonderer Stellvertreter angeordnet werden, sofern dies für eine ordnungsmäßige örtliche Verwaltung ersorderlich ist.

§ 33. Der Gutsbesitzer beziehungsweise ber Stellvertreter wird in seiner Eigenschaft als Gutsvorsteher von dem Landrathe bestätigt. Die Bestätigung kann unter Zustimmung des Kreiszausschusses versagt werden.

Der Gutsvorsteher wird vor seinem Amtsantritte von dem Landrathe oder in dessen Auftrage von dem Amtsvorsteher vereidigt.

- § 34. Unterläßt der Besiger des Guts in den im § 32 angegebenen Fällen oder wenn ihm die Bestätigung als Gutsvorsieher versagt worden ist, die Bestellung eines Stellvertreters oder besindet er sich im Konkurse, oder besindet er sich nicht im Besige der bürgerlichen Ehrenrechte, so steht dem Landrathe unter Zustimmung des Kreisausschusses die Ernennung des Stellvertreters auf Kosten des Besigers zu.
- § 34 a. Der Kreisausschuß beschließt auf Antrag der Betheiligen über die Festsetzung der Dienstunkostenentschädigung der Gemeindevorsteher, der baaren Auslagen der Schöffen, der Remuneration stellvertretender Gutsvorsteher (§§ 28 und 34), sowie über die Festsetzung der Besoldungen und Remunerationen anderer Gemeindebeamten.



Dritter Abschnitt.

Aufhebung der mit dem Besitze gewisser Grundstude verbundenen Berechtigung und Verpflichtung zur Verwaltung bes Schulzenamtes.

§ 36.* Die mit dem Besitze gewisser Grundstude verbundene Berechtigung und Berpflichtung zur Berwaltung des Schulzen-

(Richter-) Umtes ift aufgehoben.

§ 37. In Folge der Ausbebung der im § 36 gedachten Berechtigung und Verpslichtung treten auch diejenigen Festsehungen außer Kraft, welche in Folge der Zerstüdelung den Lehn- und Erbschulzengütern nach § 16 des Gesetzes dom 3. Januar 1845 (Gesetz-Sammlung S. 25) über die Verbindung der Verwaltung des Schulzenamtes mit dem Besitze eines der Theile des zerstüdelten Grundstüds oder die Ausweisung eines auskömmlichen Schulzengehalts in Grundstüden oder in Geld, beziehungsweise die Vertheilung des Geldbeitrages auf die einzelnen Trennstüdsbesitzer getroffen worden sind.

§ 38. Grundstüde, Gerechtigkeiten und Ginkunfte, welche ben Schulzengutsbesitzern erweislich von der Gemeinde selbst für die Amtsverwaltung verliehen sind, fallen an die Gemeinde

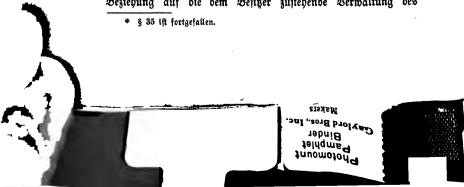
zurüd.

§ 39. Ebenso hören diejenigen Borrechte und Befreiungen auf, welche dem Schulzengutsbesitzer für die Berwaltung des Schulzenamtes in Beziehung auf die aus dem Kommunalberbande oder aus anderen Verbänden, z. B. dem Kirchen: und Schulzberbande, entspringenden Diensten und Abgaben, der Gemeinde oder deren Mitgliedern gegenüber bisher zustanden.

Auf weitere Bergutigungen hat die Gemeinde keinen Anspruch. § 40. Die Beziehungen zwischen dem Bestiger des Schulzens guts und dritten Bersonen werden den Korschriften dieses

Gefetes nicht berührt.

In keinem Falle können jedoch Grundstude, Gerechtigkeiten oder Befreiungen, welche dem Schulzengute, wenngleich mit Beziehung auf die dem Besier zustehende Berwaltung des



Schulzenamts, von Dritten, insbesondere von dem Landesherrn oder von Gerichts: oder Gutsherren, sei es bei der Fundation des Schulzenguts oder später, ohne ausdrücklichen Borbehalt des Widerrufs verliehen worden sind, sowie die etwa an Stelle der verliehenen Gerechtigkeiten und Freiheiten getretenen Landahindungen und sonstigen Entschädigungen von den Berleihern oder deren Rechtsnachsolgern in Anspruch genommen und zurückgefordert werden. Dieselben verbleiben vielmehr dem Schulzengutsbesitzer auch nach Aussehung der mit dem Schulzengute verbundenen Amtsverwaltung.

§ 41. Die nach ben §§ 38 und 39 etwa erforderliche Auseinandersetzung zwischen der Gemeinde und dem Schulzens gutsbesitzer wird durch einen von dem Kreisausschusse zu ernensnenden Kommissarius bewirkt.

Der über die Auseinandersetzung aufzunehmende Rezest unterliegt der Brüfung und Bestätigung des Kreisausschuffes.

§ 42. Entstehen bei dem Auseinandersetzungsversahren (§ 41) Streitigkeiten darüber, ob mit einem Grundstücke die Berpslichtung zur Berwaltung des Schulzenamtes verbunden ist, oder ob und welche Grundstücke, Gerechtigkeiten, Borrechte oder Befreiungen der in den §§ 38 und 39 gedachten Art zurüczungewähren, beziehungsweise aufzuheben sind, oder wird die Bollziehung des Rezesses von den Betheiligten verweigert, oder die Bestätigung des Rezesses (§ 41, Absax 2) von dem Kreiszaußschusse verlagt, so sind die Berhandlungen zum weiteren Bersahren und zur Entscheidung an die betressende Auseinzandersetzungsbehörde (Generalkommission) abzugeben.

Gegen die Entscheidung der Generalkommission sindet die Berufung an das Oberlandeskulturgericht statt, welches end-

gultig entscheidet.

Bor der Entscheidung in erster und zweiter Instanz ist das Gutachten des Kreisausschusses einzuholen und den Betheiligten zur Erklärung mitzutheilen.

§ 43. Ist das Auseinandersetzungsversahren zusolge § 42 auf die Auseinandersetzungsbehörde übergegangen, so steht



diefer Beborbe auch die Aufnahme, Brufung und Beftätigung

bes Rezesses zu.

§ 44. In Betreff des Versahrens (§§ 41 bis 43), sowie der Wirkung und Ausschhrung der Rezesse, gelten die hinsichtlich der Ablösung der Reallasten und der Regulirung der gutseherrlichen Verhältnisse bestehenden Vorschriften.

§ 45. Zu den Kosten, welche die Ausführung der in diesem Gesetze den Kreisausschussen und deren Kommissarien übertragenen Geschäfte verursacht, haben die Gemeinden und

Die Schulzengutsbesiger nichts beizutragen.

Für das Verfahren bei den Auseinandersetungsbehörden gelten die für dieselben bestehenden Kostenbestimmungen.

Vierter Abschnitt.

Bon ben Amtsbezirken und bem Amte ber Amtsvorfteber.

§ 46. Die Polizei wird im Namen des Königs ausgeübt.

Die gutsherrliche Bolizeigewalt ist aufgehoben.

§ 47. Behufs Berwaltung ber Bolizei und Wahrnehmung anderer öffentlicher Angelegenheiten wird jeder Kreis mit Ausschluß der Städte in Amtsbezirke getheilt.

§ 48. Für die Bildung der Amtsbezirke gelten folgende

Grundfate:

- 1) Seber Amtsbezirk soll thunlichst ein räumlich zusammenhängendes und abgerundetes Flächengebiet umfassen, bessen Größe und Einwohnerzahl dergestalt zu bemessen ist, daß einerseits die Erfüllung der durch das Geset der Amtsderwaltung auferlegten Ausgaben gesichert, anderseits die Unmittelbarkeit und die ehrenamtliche Ausübung der örtlichen Verwaltung nicht erschwert wird.
- 2) Gemeinben, welche eine ben Bestimmungen bes Gesetzes entsprechende Amtsverwaltung aus eigenen Kräften herzustellen bermögen, sind, wenn nicht die örtliche Lage die Zuschlagung anderer Gemeindes ober Gutsbezirke nothwendig macht, auf ihren Antrag zu einem Amtsbezirke zu erklären.



3) Gutsbezirke von abgesonderter Lage, welche ohne wesentliche Unterbrechung ein räumlich zusammenshängendes Gebiet von erheblichem Flächeninhalte umfassen, können auf Antrag ohne Rücksicht auf ihre Einwohnerzahl unter den übrigen Boraussehungen der Nummern 1 und 2 zu Amtsbezirken erklärt werden.

4) Alle übrigen Gemeinden und Gutsbezirke werden zu Amtsbezirken bereinigt. Insbesondere sollen Gemeinden und Gutsbezirke, welche eine örtlich berbundene Lage haben, zu einem und demselben Amtsbezirke

gehören.

Bei Abgrenzung der zusammengesetzen Amtsbezirke ist möglichst darauf zu achten, daß die innerhalb der Kreise bestehenden Verbände (Kirchspiele, Schulbers bände, Wegebaubezirke u. s. w.) nicht zerrissen werden.

§ 49. Die Bildung der Amtsbezirke, sowie die etwa erforsberliche Abanderung berselben erfolgt nach Anhörung der Betheiligten, auf Borschlag des nach diesem Gesetze gewählten Kreistages, durch den Minister des Junern.

Die Rebisson und endgültige Feststellung, sowie jede spätere Abänderung der Amtsbezirke ersolgt durch den Provinzialrath im Eindernehmen mit dem Minister des Innern nach dorheriger Anhörung der Betheiligten und des Kreistages.

Die endgültige Feststellung der Amtsbezirke darf erst nach Ablauf einer öffentlich bekannt zu machenden angemessenen Frist stattsinden.

Beränderungen solcher Gemeindes oder Gutsbezirksgrenzen, welche zugleich Amtsbezirksgrenzen find, ziehen die Veränderung ber letzteren ohne Weiteres nach fich.

§ 49a. Dem Provinzialrathe steht die Besugniß zu, im Einvernehmen mit dem Minister des Innern ländliche Gemeindeund Gutsbezirke, welche innerhalb der Feldmark einer zu einem Landkreise gehörigen Stadt belegen sind oder unmittelbar an dieselbe angrenzen, bezüglich der Verwaltung der Polizei nach Anhörung der Betheiligten und des Kreistages mit dem Bezirke



ber Stadt zu vereinigen, sofern bies im öffentlichen Interesse nothwendig ift.

In Ermangelung einer Sinigung unter ben Betheiligten wird ber Beitrag ber betreffenden Landgemeinde, beziehungsweise des betreffenden Gutsbezirkes zu den Kosten der städtischen Bolizeiverwaltung von dem Bezirksrathe sestgefest.

Der Provinzialrath kann im Einvernehmen mit dem Minister des Innern in den Fällen des ersten Absatzs gleichzeitig die Ausscheidung der betreffenden Landgemeinden und Gutsbezirke aus dem Amtsbezirke, welchem sie disher angehörten, aussprechen. Ueber die hierdurch nothwendig werdende Auseinandersetzung zwischen den Betheiligten beschließt der Kreisausschuß. Gegen den Beschluß sindet innerhalb zwei Wochen der Antrag auf mündliche Verhandlung im Verwaltungsstreitzversahren statt.

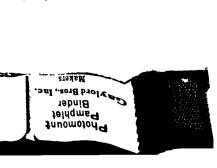
§ 50. Die Organe ber Amtsberwaltung in ben Amtsbegirten sind nach näherer Borschrift dieses Gesetzt der Amtsborsteher und ber Amtsausschuß.

§ 51. Für die Bildung des Amtsausschusses gelten bis zum Erlaß der Landgemeinde:Ordnung folgende Bestimmungen:

1) In den zusammengesetten Amtsbezirken besteht der Amtsausschuß aus Vertretern sammtlicher zum Amtsbezirke gehörigen Gemeinden und selbstständigen Gutsbezirke. Jede Gemeinde und jeder Gutsbezirk ist wenigstens durch einen Abgeordneten zu vertreten.

Die Bertretung der Gemeinden erfolgt zunächst durch den Gemeindevorsteher, sodann durch die Schöffen und, wenn auch deren Zahl nicht ausreicht, durch andere von der Gemeinde zu wählende Mitglieder.

Die Zahl ber von jeder Gemeinde zu entsendenden Bertreter, sowie der jedem Gutsbezirk einzuräumenden Stimmen wird mit Rücksicht auf die Steuerleistungen und die Einwohnerzahl durch ein nach Anhörung der Betheiligten auf den Borschlag des Kreisausschusses dunses von dem Kreistage zu erlassendes Statut



geregelt. Beschwerben gegen bieses Statut unterliegen ber enbaultigen Beschluffassung bes Bezirksrathes.

Bertreter einer Gemeinde ober eines Gutsbezirkes bei dem Amtsausschusse können nur Personen sein, welche die im § 96 unter a und b bezeichneten Gigenschaften besitzen.

2) In denjenigen Amtsbezirken, welche nur aus einer Gemeinde bestehen, nimmt die Gemeindeversammlung beziehungsweise Gemeindevertretung die Geschäfte des Amtsausschusses wahr.

3) In benjenigen Amtsbezirken, welche nur aus einem Gutsbezirke bestehen, fällt der Amtsausschuß weg.

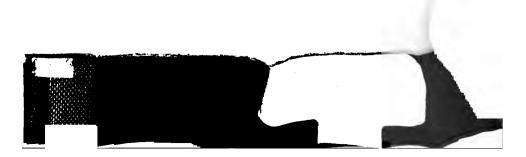
§ 51 a. Gegen das zum Zwecke der Wahl eines Abgeordeneten zum Amtsausschusse (§ 51, Nr. 1) stattgehabte Wahlberfahren kann jedes Mitglied der Wahlbersammlung innerhalb zwei Wochen Einspruch bei dem Vorstgenden des Wahlborstandes erheben. Die Beschlußsassung über den Einspruch, über welchen die Betheiligten vorab zu hören sind, steht dem Amtsausschusse zu.

Im Uebrigen prüft der Amtsausschuß die Legitimation seiner Mitalieder von Amtswegen und beschließt darüber.

Jebe Wahl verliert dauernd oder vorübergehend ihre Birkung, wenn sich ergiebt, daß die für die Wählbarkeit vorgeschriebenen Bedingungen nicht vorhanden gewesen sind, oder wenn diese Bedingungen gänzlich oder zeitweise aufhören. Das Gleiche gilt in Bezug auf die unmittelbar auf dem Gesetze beruhende Mitgliebschaft des Amtsausschusses. Der Amtsausschuß hat darüber zu beschließen, ob einer der gedachten Fälle eingetreten ist.

Gegen die nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen gesaßten Beschlüsse des Amtsausschusses sindet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Kreisausschusse statt. Dieselbe steht auch dem Amtsvorsteher zu. Die Klage hat keine aufschiedende Wirkung; jedoch dürsen Ersatwahlen vor rechtskräftiger Entscheidung nicht vorgenommen werden.

Für das Streitberfahren kann der Amtsausschuß einen besonderen Bertreter bestellen.



§ 52. Zu den Befugnissen des Amtsausschusses gehört:

1) die Kontrole sämmtlicher und die Bewilligung derjenigen Ausgaben der Amtsverwaltung, welche vom Amtsbezirke aufgebracht werden (§§ 69 und 70, Absat 4):

2) die Beschluffassung über diejenigen Bolizei-Verordnungen, welche der Amtsborsteher unter Mitwirkung des Amtsausschusses zu erlassen befugt ist (§ 62);

3) die Aeußerung über Abanderungen des Amtsbezirfes (§ 49):

4) die Bestellung, sowie die Wahl besonderer Kommissionen oder Kommissarien zur Vorbereitung und Ausstührung von Beschlüssen des Amtsausschusses;

5) die Beschlußfassung über sonstige Angelegenheiten, welche der Amtsdorsteher aus dem Kreise seiner Amtsbesugnisse dem Amtsausschusse zu diesem Zwecke unterbreitet.

§ 52. Die zu einem Amtsbezirke gehörigen Gemeinden und Gutsbezirke sind befugt, durch übereinstimmenden Beschluß einzelne Kommunalangelegenheiten dem Amtsbezirke zu überweisen.

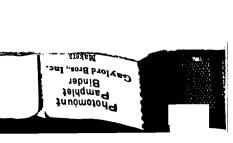
Handelt es sich hierbei um Aufbringung von Abgaben seitens des Amtsbezirkes, deren Ausbringungsmaßstab nicht geseslich seststeht, so muß sich die Uebereinstimmung der Betheiligten auch auf den Ausbringungsmaßstab erstrecken.

Ueber folche dem Amtsbezirke überwiesene Kommunalangelegenheiten steht alsdann die Beschluffassung dem Amtsaus-

ichusse zu.

§ 54. Der Amtsvorsteher beruft den Amtsausschuß und führt den Borsig mit vollem Stimmrechte. Die Sigungen des Amtsausschusses sind öffentlich. Für einzelne Gegenstände kann durch einen in geheimer Sigung zu fassenden Beschluß die Deffentlichkeit ausgeschlossen werden.

Der Amtsausschuß kann nur beschließen, wenn mehr als die Sälfte ber Mitglieder anwesend ift. Eine Ausnahme hierbon findet statt, wenn die Mitglieder zum zweiten Male zur Ber-



handlung über benselben Gegenstand berufen, bennoch nicht in beschluffähiger Anzahl erschienen sind. Bei ber zweiten Berufung muß auf biese Bestimmung ausdrücklich hingewiesen werben.

Die Beschlüffe bes Umtsausschusses werden nach Mehrheit ber Stimmen gesaßt. Bei Stimmengleichheit gilt ber Antrag

als abgelehnt.

§ 54a. Beschlüsse des Amtsausschusses, welche dessen Befugnisse überschreiten oder die Gesete berlegen, hat der Amtsvorsteher, entstehenden Falles auf Anweisung der Aufsichtsbehörde, unter Angabe der Gründe, mit aufschiebender Wirkung zu beanstanden.

Gegen die Berfügung des Amtsborstehers steht dem Amtsausschusse innerhalb einer Frist von zwei Wochen die Klage bei dem Kreisausschusse zu. Bur Wahrnehmung seiner Rechte im Berwaltungsstreitversahren kann der Amtsausschuß einen

besonderen Bertreter mablen.

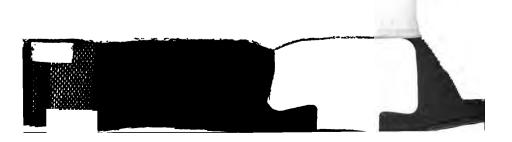
§ 55. Für die nach näherer Borschrift dieses Gesetzs den Gemeinden und Gutsbezirken gemeinsamen Angelegenheiten stehen dem Amtsberbande die Rechte einer Korporation zu. Die Korporation wird nach außen durch den Amtsborsleher vertreten.

Urkunden, welche das Amt verpflichten sollen, sind von dem Amtsvorsteher und mindestens einem Mitgliede des Amtsaussschusses unter Anführung des betreffenden Beschlusses des Amtsausschusses zu vollziehen.

§ 55 a. Beschlüffe der Amtsverbande, betreffend die Beräußerung bon Grundstüden oder Immobiliarrechten oder die Aufnahme von Anleihen, durch welche der Amtsverband mit einem Schuldenbestande belastet, oder der bereits borhandene Schuldenbestand bergrößert werden würde, bedürfen der Bestätigung des Kreisausschusses. Ohne diese Genehmigung sind die bezeichneten Rechtsgeschäfte nichtig.

Bis zum Erlaß einer Landgemeindeordnung ift zur Aufnahme von Anleihen durch den Amtsausschuß die Zustimmung fämmtlicher zu dem Amtsbezirke gehöriger Gemeinden und

Gutsbezirfe nothwendig.



§ 55 b. Der Kreisausschuß beschließt an Stelle ber Auf- fichtsbehörbe:

- 1) über die Art der gerichtlichen Zwangsvollstreckung wegen Geldsorberungen gegen Amtsverbande (§ 15 zu 4 des Einführungsgesehrs zur Deutschen Civilprozesvordnung vom 30. Januar 1877, Reichsgesehrblatt S. 244);
- 2) über die Feststellung und den Ersat der bei Kassenund anderen Berwaltungen der Amtsderbände vorkommenden Desette nach Maßgabe der Berordnung vom 24. Januar 1844 (Gesetsfamml. S. 52);

3) über die berweigerte Abnahme oder Entlastung bon Rechnungen ber rechnungsführenden Beamten.

Der Beschluß zu 2 und 3 ist, vorbehaltlich bes ordentlichen Rechtsweges, endaültig.

§ 55 c. Die Aufsicht des Staates über die Berwaltung ber Angelegenheiten der Amtsverbände wird in erster Instanz von dem Kreisausschusse, in höherer und letzter Instanz von dem Bezirksrathe geübt.

Beschwerben bei den Aufsichtsbehörden in Angelegenheiten der Amtsverbande sind in allen Instanzen innerhalb zwei Wochen anzubringen.

§ 56. Der Amtsvorsteher wird von dem Oberpräsidenten ernannt.

Die Ernennung erfolgt auf Grund von Borfchlägen des Freistages, in welche aus der Zahl der Amtsangehörigen die zu Amtsvorstehern befähigten Bersonen aufzunehmen sind.

Lehnt ein Kreistag die Aufforderung des Oberpräsidenten zur Bervollständigung dieser Borschläge ab, so hat der Propinzialrath auf Antrag des Oberpräsidenten darüber zu besschließen, ob und welche Personen nachträglich in die Borsschlagsliste aufzunehmen sind.

Die Ernennung erfolgt auf sechs Jahre. Der Amtsvorsteher wird bon bem Landrathe bereidigt.



In benjenigen Amtsbezirken, welche nur aus einer Gemeinbe ober einem selbstständigen Gutsbezirke bestehen, ist der Gemeindebeziehungsweise Gutsborsteher zugleich Amtsborsteher.

§ 57. Für jeben Amtsbezirk wird nach den für die Ernennung des Amtsborstehers geltenden Bestimmungen (§ 56) ein

Stellvertreter bes letteren ernannt.

Ist der Amtsvorsteher an der Wahrnehmung seiner Amtsgeschäfte verhindert, so hat der Stellvertreter dieselben zu übernehmen; der Landrath ist hiervon zu benachrichtigen, sobald die Berhinderung länger als drei Tage dauert.

Erledigt fich das Amt des Amtsborftehers, so tritt bis zur Ernennung seines Nachfolgers der Stellvertreter für ihn ein.

Findet sich im Amtsbezirke keine zur Ernennung als Stells bertreter geeignete Berson, so hat der Kreisausschuß die Stells bertretung einstweilen einem der benachbarten Amtsborsteher, oder, nach borherigem Eindernehmen mit der städtischen Verztretung, dem Bürgermeister einer benachbarten Stadt zu überstragen. Eine gleiche Anordnung erfolgt für den Fall des gleichzeitigen Abganges oder der gleichzeitigen Behinderung des Amtsborstehers und seines Stellvertreters.

Ist der Amtsborsteher bei der Erledigung eines Amtsgeschäftes persönlich betheiligt, so hat der Kreisausschuß den Stellbertreter oder einen der benachbarten Amtsborsteher, bes

ziehungsweise Bürgermeifter, damit zu betrauen.

In den Gemeinden, welche einen eigenen Amtsbezirk bilben, bertritt nach der Bestimmung des Kreisausschusses einer der Schöffen den Gemeindeborsteher in seiner Eigenschaft als Amtseborsteher.

In den Fällen der Absate 5 und 6 ist der Beschluß des

Rreisausichuffes endaultig.

§ 58. Ist nach der Erklärung des Kreistages für einen Amtsbezirk weder eine zum Amtsborsteher geeignete Berson zu ermitteln, noch die zeitweilige Wahrnehmung der Amtsberwaltung durch den Borsteher eines benachbarten Amtsbezirks, oder durch den Bürgermeister einer benachbarten Stadt thunlich,



so bestellt ber Oberpräsident auf Borschlag des Kreisausschusses einen kommiliarischen Amtsborsteber.

Für die Uebernahme ber Verwaltung eines benachbarten Umtsbezirkes durch einen Bürgermeister ist die Zustimmung der städtischen Vertretung erforderlich.

Sofern die Berhältniffe es gestatten, kann ein kommissarischer Umtsborsteher mit der Berwaltung zweier ober mehrerer Amts-

bezirke gleichzeitig beauftragt werden.

§ 59. Der Amtsvorsteher verwaltet:

1) die Polizei, insbesondere die Sicherheits-, Ordnungs-, Sitten-, Gesundheits-, Gesinde-, Armen-, Wege-, Wasser-, Feld-, Forst-, Fischerei-, Gewerbe-, Bau-, Feuer-Polizei, u. s. w., soweit sie nicht durch besondere Gesetze dem Landrathe oder anderen Beamten übertragen ist:

2) die sonstigen öffentlichen Angelegenheiten des Amts

nach naberer Borfdrift biefes Gefetes.

Unter ber nach Ziffer 1 bem Amtsvorsteher übertragenen Basserpolizei ist die Strom-, Schiffahrts- und hafenpolizei nicht bearissen.

§ 60. Der Amtsvorsteher hat das Recht und die Pflicht, da wo die Erhaltung der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit sein Einschreiten nothwendig macht, das Erforderliche

angupronen und ausführen zu laffen.

§ 61. Der Kreisausschuß bestimmt endgültig denjenigen Umtsvorsteher, beziehungsweise Bürgermeister, welcher die in Bezug auf die öffentlichen Wege nothwendigen Anordnungen zu treffen hat, wenn die Betheiligten verschiedenen Amtsbezirken, beziehungsweise Amts- und Stadtbezirken angehören.

Diese Bestimmung sindet gleichmäßig Anwendung auf die in Borfluths- und anderen polizeilichen Angelegenheiten zu

treffenden Unordnungen.

§ 62. Das durch die §§ 5 ff. des Gesetzes vom 11. März 1850 (Ges. S. 265) der Ortspolizeibehörde für den Umfang einer Gemeinde ertheilte Recht zum Erlaß von Polizeistrass verordnungen wird auf den Amtsvorsteher mit der Maßgabe übertragen, daß er nicht nur für den Umfang einer einzelnen



Gemeinde oder eines einzelnen Gutsbezirks, sondern auch für den Umfang mehrerer Gemeinden oder Gutsbezirke und für den Umfang des ganzen Amtsbezirkes unter Zustimmung des Amtsausschusses, auch im Falle des § 7 des Gesetzes, derartige Berordnungen zu erlassen befugt ist.

Berfagt der Amtsausschuß die Zustimmung, so tann dieselbe auf Antrag des Amtsvorstehers durch Beschluß des Kreis-

ausschuffes erganzt werden. Der Beschluß ift endgültig.

§ 63. Der Amtsvorsteher hat in den seiner Verwaltung anheimsallenden Angelegenheiten das Recht der vorläusigen Strassellstehung nach den Vorschriften des Gesetzes bom 14. Mai 1852 (Ges. S. 245).

§ 65.* Die Gemeinde- und Gutsvorsteher sind verbunden, den Anweisungen und Aufträgen des Amtsvorstehers, welche derselbe in Gemäßheit seiner gesetzlichen Besugnisse in Dienstangelegenheiten an sie erläßt, nachzukommen, und können hierzu von ihm unter Anwendung der den Ortspolizeibehörden nach § 68 des Gesetz über die Organisation der allgemeinen Landesberwaltung den 26. Juli 1880 (Gesetsamml. S. 291) zusstehenden Zwangsmittel mit Ausnahme der Haftstrafe, angehalten werden. Ein Ordnungsstrafrecht steht dem Amtsvorsteher gegen die Gemeinde- und Gutsvorsteher nicht zu.

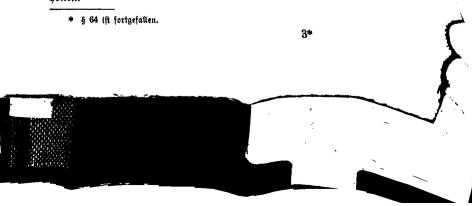
Die Gendarmen haben den Requisitionen des Umtsborstehers in polizeilichen Angelegenheiten zu genügen. Der Dienstaufsicht

bes Amtsborftebers unterliegen fie nicht.

§ 66. Der Landrath und der Kreisausschuß sind befugt, für die Geschäfte der allgemeinen Landes: und Kreiskommunalz verwaltung, sowie bei Beaufsichtigung der Kommunalangelegenz heiten der zu dem Amtsbezirke gehörigen Gemeinden und Gutstbezirke die bermittelnde und begutachtende Thätigkeit des Amtszvorstehers in Anspruch zu nehmen.

§ 67. Der Kreisausschuß beschließt über Beschwerden gegen Berfitaungen der Amtsvorsteber in nicht polizeilichen Angelegen-

beiten.



Die Aufsicht über die Geschäftssührung der Amtsvorsteher führt der Landrath als Borsipender des Kreisausschusses.

- § 68. Bezüglich ber Dienstrergehen ber Amtsvorsteher sinden die Bestimmungen bes Gesetz vom 21. Juli 1852, betreffend die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten, (Gesetzamml. S. 465), mit folgenden Maßgaben Anwendung:
 - 1) über die Verhängung von Ordnungsstrasen gegen die Amtsvorsteher beschließt im Umfange des den Provinzzialbehörden beigelegten Ordnungsstrasrechtes der Areisaunsschuß und im Umfange des dem Minister beigelegten Ordnungsstrasrechtes der Regierungspräsident. Dem Landrathe steht das Recht zur Verhängung von Ordnungsstrasen gegen die Amtsvorsteher nicht zu.

Gegen ben Beschluß bes Kreisausschusses sindet innerhalb zwei Bochen die Beschwerde an den Bezirksrath, gegen die Strasversügungen des Regierungsprösidenten innerbalb aleicher Frist die Beschwerde an

ben Oberpräfidenten ftatt.

Gegen den auf die Beschwerde ergehenden Beschluß des Bezirksrathes beziehungsweise des Oberpräsidenten sindet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Oberwaltungsgerichte statt:

ivatiungsgerichte patt; 2) in dem auf Entfernung

2) in dem auf Entfernung aus dem Amte gerichteten Verfahren wird die Sinleitung des Disziplinardersahrens von dem Landrathe oder von dem Regierungspräsidenten verfügt und von demselben der Untersuchungskommissar, sowie der Vertreter der Staatsanwaltschaft für die erste Instanz ernannt.

Die entscheidende Behörde erster Instanz ist der Kreisausschuß, die entscheidende Behörde zweiter Instanz das Oberverwaltungsgericht. Der Bertreter der Staatsanwaltschaft dei dem Oberverwaltungsgerichte wird den Minister des Innern ernannt.



Betheiligten bon dem Kreisausschusse als ein Pauschquantum sestgeset wird.

In gleicher Beise erfolgt die Festsegung der einem kommissarischen Amtsvorsteher zu gewährenden Remuneration.

§ 70. Als Beitrag zu ben Kosten der Amtsberwaltung überweist der Staat den Kreisen diejenigen Summen, welche er in Folge des gegenwärtigen Gesess durch das Eingehen der Königlichen Polizeiverwaltungen, durch den Wegfall der Schulzen-remunerationen und anderer Polizeiverwaltungskosten an den im Staatshaushaltsetat für das Jahr 1873 für ebengenannte Zwecke beranschlagten Ausgaben sernerhin ersparen wird.

Die Vertheilung des für jede Prodinz festzustellenden Betrages auf die einzelnen Kreise erfolgt nach Maßgabe des Bedürsnisses durch die Prodinzialbertretung, beziehungsweise durch eine von dieser zu erwählende Kommission.

Außerdem wird der Staat für die den Kreisen beziehungsweise Amtsbezirken durch die Wahrnehmung don Geschäften der Staatsverwaltung erwachsenden Ausgaben besondere Fonds überweisen. Das hierüber zu erlassende Gesey wird über den Betrag und die Vertheilung dieser Konds nähere Anordnungen

treffen.

Soweit die Kosten der Amtsverwaltung durch die vom Staate überwiesenen Beträge ihre Deckung nicht finden, trägt dieselben das Amt.

In den zusammengesetten Amtsbezirken gilt für die Aufbringung der Berwaltungskosten in Ermangelung einer Bereinbarung unter den Betheiligten der nach Maßgabe dieses Gesetzes in dem Kreise für die Kreisabgaben festgestellte Maßstab.

§ 70 a. Auf Beschwerden und Ginsprüche, betreffend:

1) das Recht zur Mitbenutung der öffentlichen Ginrich-

tungen und Anstalten des Amtsbezirfes;

2) die Heranziehung oder die Beranlagung zu den Kosten der Amtsberwaltung oder zu andern Amtsabgaben beschließt — in zusammengesetzten Amtsbezirken — der Amts-ausschuß.



Beschwerben und Einsprüche ber zu 2 gebachten Art sind innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Bekanntmachung der Abgabebeiträge bei dem Amtsvorsteher anzubringen. Einsprüche gegen die Höhe von Amtszuschlägen zu den direkten Staatssteuern, welche sich gegen den Prinzipalsat der letteren richten, sind unzulässig.

Gegen den Beschluß des Amtsausschusses findet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Kreisausschusse statt. Hierbei sinden die Vorschriften des § 19, Absah 3, Sah 2 Anwendung.

Die Beschwerben und die Einsprüche, sowie die Klage, haben keine aufschiebende Wirkung.

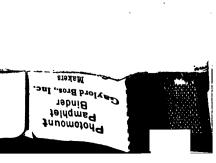
e 71 Ou ben'en en 2011 ung.

§ 71. In benjenigen Gemeinden und Gutsbezirken, welche einen Amtsbezirk für sich bilden, werden die Kosten der Amtsberwaltung gleich den übrigen Kommunalbedürfnissen aufgebracht. Solche Amtsbezirke haben keinen Anspruch auf die dom Staate gewährten Fonds.

§ 72. Unterläßt ober berweigert ein Amtsverband die ihm gesetzlich obliegenden, don der Behörde innerhalb der Grenzen ihrer Zuständigkeit sestgestellten Leistungen auf den Haushaltsetat zu bringen oder außerordentlich zu genehmigen, so berfügt der Landrath unter Anführung der Gründe die Eintragung in den Etat, beziehungsweise die Feststellung der außerordentlichen Ausgabe.

Gegen die Berfügung des Landrathes steht dem Amtsberbande innerhalb zwei Bochen die Klage bei dem Bezirksberwaltungsgerichte zu. Zur Ausführung der Rechte des Amtsverbandes kann der Amtsausschuß einen besonderen Bertreter bestellen.

§ 73. Die von den Amtsdorstehern in Gemäßheit des Gesetzes vom 14. Mai 1852 (Gesetz-Sammlung S. 245) endzgültig festgesetzen Geldbußen und Konsiskate, sowie die von denselben sestgesetzen Erekutivgeldbußen werden — soweit nicht in Ansehung gewisser Uebertretungen besonders bestimmt ist, wohin die durch dieselben verwirkten Geldbußen oder Konsiskate fließen sollen — zur Amtskasse, beziehungsweise zu den Kassen



ber einen eigenen Amtsbezirk bilbenden Gemeinden und Gutsebezirke bereinnahmt und zur Deckung der Kosten der Amtsberwaltung mitberwendet.

fünfter Abschnitt.

Bon bem Amte bes Landraths.

§ 74. Per Landrath wird vom Könige ernannt.

Der Kreistag ist besugt, für die Besetzung des erledigten Landrathsamtes geeignete Personen, welche sein mindestens einem Jahre dem Kreise durch Grundbesit oder Wohnsit angehören, in Vorschlag zu bringen.

Geeignet zur Bekleidung der Stelle eines Landrathes find

diejenigen Berfonen, welche:

1) die Befähigung zum höheren Berwaltungs: oder Justig-

dienste erlangt haben, oder

2) dem Kreise seit mindestens einem Jahre durch Grunds besitz oder Bohnsitz angehören, und zugleich mindes stens während eines bierjährigen Zeitraums, entweder a. als Reserendare im Borbereitungsdienste bei den Gerichten und Berwaltungsbehörden, oder

b. in Selbstverwaltungsämtern des betreffenden Kreises, des Bezirkes oder der Proving — jedoch nicht lediglich als Stellvertreter oder als Mitglieder von

Rreistommiffionen

thatig gewesen sind.

Auf den Zeitraum bon bier Jahren kann den zu 2b bezeichneten Bersonen eine Beschäftigung bei höheren Berwalstungsbehörden bis zur Dauer von zwei Jahren in Unrechnung

gebracht werden.

§ 75. Behufs Stellvertretung des Landraths werden von dem Kreistage aus der Zahl der Kreisangehörigen zwei Kreisbeputirte auf je sechs Jahre gewählt. Dieselben bedürfen der Bestätigung des Oberpräsidenten. Sie sind von dem Landrathe zu vereidigen.

Für fürzere Berhinderungsfälle fann ber Kreissetretar als

Stellpertreter eintreten.



§ 76. Der Landrath führt als Organ der Staatsregierung die Geschäfte der allgemeinen Landesberwaltung im Kreise und leitet als Borsitzender des Kreistages und des Kreisausschusses die Kommunalverwaltung des Kreises.

§ 77. Soweit die Rechte und Pflichten des Landraths nicht durch das gegenwärtige Geset abgeändert sind, behält es bei den darüber bestehenden Borschriften auch ferner sein Bewenden.

Demgemäß hat der Landrath auch ferner die gesammte Bolizeiberwaltung im Kreise und in dessen einzelnen Umtsbezirken, Gemeinden und Gutsbezirken zu überwachen.

Dritter Titel.

Von der Vertretung und Verwaltung des Kreises.

Erfter Abschnitt.

Bon ber Zusammensegung bes Kreistages.

§ 84.* Die Kreisversammlung (ver Kreistag) besteht in Kreisen, welche unter Ausschluß der im aktiven Militärdienste stehenden Personen 25000 ober weniger Einwohner haben, aus 25 Mitgliedern. In Kreisen mit mehr als 25000 bis zu 100000 Einwohnern tritt für jede Bollzahl von 5000 und in Kreisen mit mehr als 100000 Einwohnern für jede über die letztere Zahl überschießende Bollzahl von 10000 Einwohnern je ein Bertreter hinzu.

§ 85. Zum Zwecke ber Wahl ber Kreistagsabgeordneten

werden drei Wahlberbände gebildet und zwar:

a. der Bahlberband der größeren landlichen Grundbefiger,

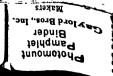
b. ber Wahlberband ber Landgemeinden und

c. ber Bahlberband ber Stäbte.

In Rreisen, in welchen teine Stadtgemeinde borhanden ift,

fcheidet ber Bahlverband ber Städte aus.

Für Kreife, welche nur aus einer ober mehreren Städten bestehen, gelten die Borschriften ber §§ 169, 171 list 175 biefes Gesehes.



^{* §§ 78-83} finb fortgefallen.

§ 86. Der Wahlberband der größeren ländlichen Grundbesitzer besteht aus allen denjenigen zur Zahlung von Kreißabgaben verpstichteten Grundbesitzern, mit Sinschluß der jurisitischen Personen, Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, welche von ihrem gesammten, auf dem platten Lande innerhalb des Kreises belegenen Grundeigenthume den Betrag von mindestens 225 Mark an Grunds und Gedäudes steuer entrichten, beziehungsweise zu entrichten haben würden, wenn sie nach Maßgabe der Gesetze vom 21. Mai 1861 (Gesetz-Sammlung Seite 253 und 317) zur Grunds beziehungs: weise Gedäudesteuer veranlagt wären.

Rach Erlaß der Provinzialordnung bleibt den Provinzialvertretungen überlassen, für ihre Provinz oder auch für einzelne Kreise derselben den Betrag von 225 Mark auf den Betrag von 300 Mark zu erböhen oder bis auf den Betrag von

150 Mart zu ermäßigen.

Für einzelne Kreise ber Probing Sachsen barf biefe Erhöhung

bis zu bem Betrage von 450 Mart erfolgen.

Dem Wahlverbande der größeren ländlichen Grundbesitzer treten diejenigen Gewerbtreibenden und Bergwerksbesitzer hinzu, welche wegen ihrer auf dem platten Lande innerhalb des Kreises betriebenen gewerblichen Unternehmungen in der Klasse A. I. der Gewerbesteuer mit dem Mittelsatze beranlagt sind (§ 14 Absatz).

§ 87. Der Wahlberband ber Landgemeinden umfaßt:

1) sammtliche Landgemeinden bes Rreifes;

2) sammtliche Besitzer selbstständiger Guter mit Einschluß ber juristischen Personen, Attiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Attien, welche nicht zu bem Verbande der größeren Grundbesitzer (§ 86) gebören:

3) biejenigen Gewerbtreibenden und Bergwerksbesitzer, welche wegen ihrer auf dem platten Lande innerhalb des Kreises betriebenen gewerblichen Unternehmungen in der Klasse A. I. unter dem Mittelsage veranlagt

find.



Der Bablberband ber Stabte umfaßt bie Stabtgemeinden bes Rreifes.

Die nach § 84 biefes Gefetes jebem Rreife nach Maggabe feiner Bebolterungsziffer zustehende Bahl von Rreiß: fagsabgeordneten wird auf die dret Wahlverbande ber größeren Grundbesitzer, der Landgemeinden und der Städte nach folgenden Grundfäten bertheilt:

1) Die Zahl der städtischen Abgeordneten wird nach dem Berhältnisse der städtischen und ländlichen Bebölkerung, wie dasselbe durch die lette allgemeine Volkszählung festgestellt worden ist, bestimmt. Die Zahl der städtischen Abgeordneten darf die Hälfte, und in denjenigen Kreisen, in welchen nur eine Stadt vorhanden ist, ein Drittel ber Gesammtzahl aller Abgeordneten nicht übersteigen.

2) Bon der nach Abzug der städtischen Abgeordneten übrig bleibenden Zahl der Kreistagsabgeordneten erhalten die Berbande der größeren Grundbesitzer und der Land:

gemeinden ein jeder die Sälfte.

Bleibt die vorhandene Zahl der in dem Wahlverbande der größeren Grundbesitzer Wahlberechtigten (§ 86) in einem Rreise unter der ihrem Berbande nach § 89 gutommenden Abgeordnetenzahl, so mablt diefer Berband nur so viele Abgeordnete, als Wähler vorhanden find, und fällt die demfelben hiernach abgehende Zahl von Abgeordneten dem Wahlverbande der Landgemeinden zu.

Rum Awecke ber Wahl ber von dem Verbande der Landgemeinden zu mählenden Abgeordneten werden, unter möglichster Anlehnung an die Amtsbezirke, in räumlicher Abrundung und nach Maßgabe der Bevölkerung Wahlbezirke gebildet, deren jeder die Wahl von einem bis zwei Abgeordneten zu vollziehen hat.

Die Rahl der vom Wahlverbande der Städte überhaupt zu mahlenden Kreistagsabgeordneten wird auf die einzelnen Städte des Kreises nach Maßgabe der Seelenzahl vertheilt.



Sind in einem Kreise mehrere Städte vorhanden, auf welche hiernach nicht je ein Abgeordneter fällt, so werden diese Städte behufs der Wahl mindestens eines gemeinschaftlichen Abgeordeneten zu einem Wahlbezirke vereinigt.

Ist in einem Kreise neben anderen großen Städten nur eine Stadt vorhanden, welche nach ihrer Seelenzahl nicht einen Abgeordneten zu mählen haben würde, so ist berselben gleichwohl

ein Abgeordneter zu überweisen.

§ 93. Ergeben sich bei den nach Maßgabe der §§ 89—92 des Gesetzes vorzunehmenden Berechnungen Bruchtheile, so werden dieselben nur insoweit berücksichtigt, als sie 1/2 erreichen

ober überfteigen.

Uebersteigen sie 1/2, so werden sie für voll gerechnet; kommen sie 1/2 gleich, so bestimmt das Loos, welchem der bei der Bertheilung betheiligten Wahlberbände und Wahlbezirke, beziehungsweise welcher Stadtgemeinde der Bruchtheil für voll gerechnet werden soll.

§ 94. Zur Wahl der von dem Wahlberbande der größeren Grundbesitzer zu mählenden Kreistagsabgeordneten treten die zu diesem Berbande gehörigen Grundbesitzer, Gewerbtreibenden und Bergwerksbesitzer in der Kreisstadt unter dem Vorsitze des Landraths zusammen.

§ 95. Bei dem Wahlatte hat jeder Berechtigte nur Eine Stimme.

Auch als Stellbertreter können Bersonen, welche bereits eine Stimme führen, ein ferneres Stimmrecht nicht ausüben. Ausgenommen sind die im § 97 Rr. 7 bezeichneten Bertreter.

§ 96. Das Recht zur perfönlichen Theilnahme an den Wahlen (§ 94) steht vorbehaltlich der nachfolgenden besonderen Bestimmungen (§ 97), denjenigen Grundbesitzern, Gewerbtreisbenden und Bergwertsbesitzern zu, welche

a. Angehörige des Deutschen Reiches und selbstständig sind. Als selbstständig wird derzenige angesehen, welcher das 21. Lebensjahr vollendet hat, sofern ihm das Recht, über sein Bermögen zu verfügen und dasselbe



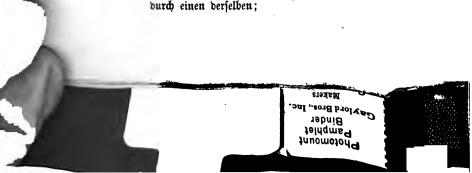
zu verwalten, nicht durch gerichtliche Anordnung entszogen ist;

b. fich im Befite ber burgerlichen Ehrenrechte befinden.

Das Wahlrecht geht verloren, sobald eines der vorstehenden Ersordernisse bei dem bis dahin Wahlberechtigten nicht mehr zutrifft. Es ruht während der Dauer eines Konkurses, ferner während der Dauer eines Konkurses, ferner während der Dauer einer gerichtlichen Untersuchung, wenn dieselbe wegen Verbrechen oder wegen solcher Vergehen, welche den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte nach sich ziehen müssen oder können, eingeleitet oder wenn die gerichtliche Haft verfügt ist.

§ 97. Durch Stellvertretung können sich an den Wahlen betheiligen:

- 1) ber Staat durch einen Bertreter aus der Zahl seiner Beamten, seiner Domänenpächter ober der ländlichen Grundbesitzer des Kreises;
- 2) juristische Bersonen, Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien durch einen Kächter oder mit Generalbollmacht bersehenen Administrator eines im Kreise belegenen größeren Guts, oder durch einen Bertreter aus der Zahl der ländlichen Grundbesitzer des Kreises. Korporationen sind befugt, sich nach Maßgabe ihrer Statuten oder Bersassungen bertreten zu lassen;
- 3) Eltern durch ihre Söhne, welchen sie die Berwaltung felbstständiger Guter dauernd übertragen haben;
- 4) unberheirathete Besitzerinnen durch Bertreter aus der Zahl der ländlichen Grundbesitzer des Kreises;
- 5) die Mitglieder regierender Häuser durch ein Mitglied ihrer Familie oder einen Bertreter aus der Zahl ihrer Beamten, ihrer Gutspächter oder der ländlichen Grundbesitzer des Kreises;
- 6) die gemeinschaftlichen Besther eines größeren Grundeigenthums (§ 86) durch einen Mitbesiher, beziehungsweise die Theilnehmer eines gewerblichen Unternehmens



7) Chefrauen, sowohl groß: wie minberjährige, können durch ihren Chemann, Kinder unter väterlicher Sewalt durch ihren Bater, bevormundete Personen durch ihren Bormund oder Psseger vertreten werden. Wird die Bormundschaft oder Pssegschaft von weiblichen Personen geführt, so kann deren Vertretung nach Maßgabe der Bestimmung unter 4 ersolgen;

insofern die unter Kr. 2 genannten Berechtigten im Deutschen Reiche ihren Sit haben und die unter Kr. 3 bis 7 genannten Berechtigten Angehörige des Deutschen Reiches sind und sich

im Benuffe ber burgerlichen Chrenrechte befinden.

Die Vertreter, mit Ausnahme der unter Nr. 7 bezeichneten, müssen in dem Kreise entweder einen Wohnsitz haben oder in demselben Grundeigenthum besitzen. Außerdem gelten für die Vertreter die Grundsätze, welche der § 96 für die Wahlberechtigung vorschreibt.

§ 98. In jedem Wahlbezirke des Wahlberbandes der Land=

gemeinden wird die Wahlbersammlung gebildet:

1) durch Bertreter der einzelnen Landgemeinden;

2) durch die Besitzer der in dem Bezirke liegenden selbstständigen Guter, welche nicht zu den größeren Grund-

besitern (§ 86) gehören;

3) durch diesenigen Gewerbtreibenden und Bergwerksbesitzer, welche wegen ihrer auf dem platten Lande innerhalb des Kreises betriebenen gewerblichen Unternehmungen in der Klasse A. I. der Gewerbesteuer unter dem Mittelsatze beranlagt sind.

Auf die in den Nummern 2 und 3 erwähnten Wahlberechtigten finden die Bestimmungen der §§ 95 bis 97 Anwendung.

§ 99. Befinden sich in einem Wahlbezirke zwei oder mehrere Güter (§ 98 Rr. 2), deren jedes zu weniger als 60 Mark Grunds und Gedäudesteuer veranlagt ist, so werden die Besiger derselben nach Anordnung des Kreisausschusses dergestalt zu Gesammt: (Kollektiv:) Stimmen vereinigt, daß auf jede Stimme, so weit möglich, ein Grunds und Gehäudesteuerbetrag von 60 Mark entfällt.



Der Kreisausschuß regelt die Art, in welcher das Kollektivsftimmrecht ausgeübt wird.

- § 100. Die Bertretung ber Landgemeinden erfolgt bei Gemeinden:
 - 1) von weniger als 400 Einwohnern burch einen Bahl = mann.
 - 2) von 400 und weniger als 800 Einwohnern durch zwei,
 - 3) von 800 und weniger als 1200 Einwohnern durch drei,
 - 4) von 1200 und weniger als 2000 Einwohnern durch vier,
 - 5) bon 2000 und weniger als 3000 Einwohnern durch fünf Wahlmanner,

und für jebe fernere Bollzahl von 1000 Seelen durch einen ferneren Bahlmann.

Die Wahlmänner der Landgemeinden werden don der Gemeindeversammlung, in denjenigen Landgemeinden aber, in welchen eine gewählte Gemeindebertretung besteht oder eingeführt wird, von der letzteren und dem Gemeindevorstande auß der Zahl der stimmberechtigken Gemeindemitglieder durch absolute Stimmenmehrheit gewählt.

Die Wahlen erfolgen nach näherer Borschrift des diesem

Gesetze beigefügten Wahlreglements.

Ausgeschlossen von der Theilnahme an der Wahl in der Gemeindeversammlung sind diejenigen, welche zum Wahlverbande der größeren Grundbesitzer gehören.

- § 101. Befinden sich in einem Bahlbezirke zwei oder mehrere Gemeinden, deren jede weniger als 60 Mark Grund: und Gebäudesteuer entrichtet und weniger als 100 Einwohner zählt, so werden dieselben nach Anordnung des Kreisausschusses in gleicher Beise, wie die Besitzer der im § 99 gedachten Güter, zu Gesammt: (Kollektid:) Stimmen vereinigt.
- § 102. Wer als Besitzer eines selbstständigen Guts, als Gewerbtreibender oder Bergwerksbesitzer zur Theilnahme an den Wahlen im Berbande der Landgemeinden persönlich berechtigt ist (§ 98 Kr. 2 und 3), darf die auf ihn gefallene Wahl als Wahlmann einer Landgemeinde ablehnen. Nimmt er die



Bahl an, so ist er zur Ausübung seines persönlichen Bahlrechts nicht befugt.

Dagegen wird durch die Ausübung eines Wahlrechts als Wahlmann einer Landgemeinde die Ausübung des persönlichen Wahlrechts im Verbande der größeren Grundbesitzer nicht ausz geschlossen.

- § 103. Die Vertreter der Gemeinden des Wahlbezirks, die Besitzer der zu dem letzteren gehörigen selbstständigen Güter und die wahlberechtigten Gewerbtreibenden und Bergwerksbesitzet treten unter der Leitung des Landraths oder in dessen Auftrage eines Amtsvorstehers an dem von dem Kreisausschusse zu bestimmenden Wahlorte behufs der Wahl der Kreistagsabgeordneten zusammen.
- § 104. Die Wahl der städtischen Kreistagsabgeordneten ersfolgt in denjenigen Städten, welche für sich einen oder mehrere Abgeordnete zu wählen haben, durch den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung, beziehungsweise das bürgersschaftliche Repräsentantenkollegium, welche zu diesem Behuse unter dem Borsitze des Bürgermeisters zu einer Wahlversammslung bereinigt werden.

In benjenigen Städten, welche mit anderen Städten des Kreises zu einem Wahlbezirke vereinigt sind, haben der Magistrat und die Stadtverordneten, beziehungsweise die bürgerschaftlichen Repräsentanten in vereinigter Sizung auf je 250 Einwohner einen Wahlmann zu wählen. Durch statutarische Anordnung des Kreistages kann jene Zahl erhöht werden.

Die Wahlmänner des Wahlbezirks treten unter Leitung des Landraths an dem von dem Kreisausschusse zu bestimmenden Wahlorte zur Wahl der Abgeordneten zusammen.

- § 105. Die nach den borstehenden Bestimmungen borzunehen Wahlen erfolgen nach näherer Borschrift des diesem Gesetz beigefügten Wahlreglements.
- § 106. Wählbar zum Mitgliebe beg Kreistages und be-



1) im Wahlberbande der Städte jeder Einwohner der im Kreise belegenen Städte, welcher sich im Besitze des

Bürgerrechts befindet:

2) in den Wahlberbänden der größeren Grundbesitzer, sowie der Landgemeinden ein jeder, seit einem Jahre in dem Kreise angesessene ländliche Grundbesitzer, sowie ein Jeder, welcher in einer Versammlung dieser Verbände ein Wahlerecht ausübt und seit einem Jahre in dem Kreise einen Wohnsitz hat.

Für die Bählbarkeit zum Wahlmanne und zum Abgeordneten gelten die in § 96 für die Wahlberechtigung gegebenen

Bestimmungen.

§ 107. Die Kreistagsabgeordneten werden auf sechs Jahre

aewählt.

Alle drei Jahre scheidet die Hälfte der Abgeordneten eines jeden Wahlverbandes aus und wird durch neue ersett. Ist diese Zahl nicht durch 2 theilbar, so scheidet das erste Mal die nächstgrößere Zahl aus. Die das erste Mal Ausscheidenden werden durch das Loos bestimmt, welches der Landrath auf dem Kreistage zu ziehen hat.

Die Ausscheidenden fonnen wieder gewählt merden.

§ 108. Die Wahlen zur regelmäßigen Ergänzung des Kreistages sinden alle drei Jahre im Monat November statt, sosern nicht durch stattenmäßige Anordnung seitens des Kreistages ein anderer Termin bestimmt wird. Die Wahlen in dem Verbande der Landgemeinden erfolgen vor den Wahlen im Verbande der größeren Grundbesitzer.

Erganzungs- und Ersammahlen werden bon benfelben Bahl- berbanden, Stadtgemeinden und Bahlbezirken borgenommen,

bon benen ber Ausscheibenbe gemählt mar.

Bo in städtischen oder ländlichen Wahlbezirken die Wahl von Wahlmännern durch dieses Geset vorgeschrieben ist (§§ 100 und 104), ersolgt dieselbe aufs Neue vor jeder Wahl mit Ausnahme der Ersatwahlen, bei welchen die früheren Wahlmänner fungiren.

tanoonohd Binder Binder Brots., Inc. Der Ersamann bleibt nur bis jum Ende berjenigen sechs

§ 109. Die bei der regelmäßigen Erganzung neugewählten Kreistagsabgeordneten treten, sofern nicht durch statutarische Ansordnung ein anderer Termin bestimmt wird, ihr Amt mit dem Anfange des nächstsolgenden Jahres an; die Ausscheidenden bleiben dis zur Einführung der neugewählten Mitglieder in Thätigkeit. Die Einführung der Gewählten ersolgt durch den Bornnenden des Kreistages.

§ 110. Für jeden Kreis werden alle drei Jahre bor jeder

neuen Wahl ber Kreistagsabgeordneten:

1) ein Verzeichniß ber zum Wahlverbande der größeren Grundbestiger gehörigen Grundbestiger, Gewerdtreibenden und Bergwerksbestiger unter Angabe der in dem § 86 enthaltenen Merkmale:

2) ein Berzeichniß der zum Bahlberbande der Landgemeinden gehörigen Besitzer selbstständiger Gutöbezirke und wahlberechtigten Gewerbtreibenden und Bergwerköbesitzer unter Angabe der in den §§ 87, 98 und 99 enthal-

tenen Merkmale;

3) ein Verzeichniß der Landgemeinden unter Angabe der Bahl der von jeder einzelnen Gemeinden oder von den zu einer Kollektivstimme vereinigten Gemeinden zu wählenden Wahlmänner (§§ 100 und 101)

durch den Kreisausschuß aufgestellt, und durch das Areisblatt, oder wo ein solches nicht besteht, durch das Amisblatt zur

öffentlichen Kenntniß gebracht.

Anträge auf Berichtigung vieses Verzeichnisses sind binnen einer Frist von vier Wochen nach Ausgabe des Blattes, durch welches das Verzeichnis veröffentlicht worden ist, bei dem Kreise ausschusse anzubringen, welcher darüber beschließt. Gegen den Beschluß sindet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Bezirksverwaltungsgerichte statt.

§ 111. Die Vertheilung der Areistagsabgeordneten auf die einzelnen Wahlberbände (§§ 89 und 90), die Bildung von Wahlbezirken für die Landgemeinden und die zum Verbande



berselben gehörigen selbstständigen Gutsbezirke, Gewerbtreibenden und Bergwerksbesitzer, sowie die Vertheilung der Abgevordneten der Landgemeinden auf dieselben (§ 91), ingleichen die Vertheilung der städtischen Abgevordneten auf die einzelnen Städte, beziehungsweise die Bildung von Städte-Wahlbezirken (§ 92), erfolgt auf den Vorschlag des Kreisausschusses durch den Kreistag und ist durch das Kreis- beziehungsweise Amtsblatt zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

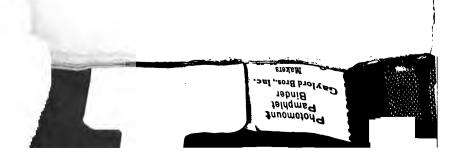
§ 112. Die nach den Borschriften des § 111 sestgestellte Bertheilung der Abgeordneten bleibt das erste Mal für drei Jahre, sodann für einen Zeitraum von je zwölf Jahren maßgebend. Nach dessen Ablauf wird sie durch den Kreisausschuß einer Redisson unterworfen und der Beschluß des Kreistages über die etwa nach Maßgabe der Borschriften der §§ 84, 89 bis 93 nothwendigen Abanderungen eingeholt. In der Zwischen-

zeit erfolgt eine Revision nur:

1) wenn die Zahl der Städte des Kreises sich vermehrt oder bermindert, oder wenn eine Stadt in Gemäßheit des § 4 aus dem Kreisderbande ausscheidet. In diesen Fällen ist alsbald eine anderweite Vertheilung der Abgeordneten auf die einzelnen Wahlberbände und eine Neuwahl sämmtlicher Kreistagsabgeordneten dorzusnehmen:

2) wenn die Zahl der Berechtigten in dem Verbande der größeren Grundbesitzer sich dergestalt vermehrt oder vermindert, daß nach § 90 die Zahl der diesem Verbande zukommenden Abgeordneten eine größere oder geringere wird, als bei der letzten Vertheilung. In diesem Falle ist dor den nächsten regelmäßigen Ergänzungswahlen (§ 108) von dem Kreistage eine Berichtigung des Vertheilungsplans vorzunehmen, und sind sodann nach diesem berichtigten Vertheilungsplan die ersorderlichen Ergänzungs- beziehungsweise Neuwahlen zu vollzieben.

§ 112a. Gegen die von dem Areistage gemäß §§ 111 und 112 wegen Bertheilung der Areistagsabgeordneten gefaßten Be-



schlüffe steht den Betheiligten innerhalb einer Frist von vier Bochen nach Ausgabe des Blattes, durch welches die Vertheislung bekannt gemacht worden ist, die Klage bei dem Bezirkse verwaltungsgerichte zu.

Gegen die Endurtheile des Bezirksverwaltungsgerichtes findet sowohl in diesen, wie in den Fällen des § 110, Absat 2,

nur das Rechtsmittel der Revision statt.

§ 113. Gegen das zum Iwede der Wahl der Kreistagsabgeordneten stattgehabte Wahlversahren kann jedes Mitglied einer Wahlversammlung innerhalb zwei Wochen Ginspruch bei dem Vorsigenden des Wahlvorstandes erheben. Die Beschlußfassung über den Ginspruch, über welchen die Betheiligten vorab zu hören sind, steht dem Kreistage zu.

Im Uebrigen pruft ber Rreistag die Legitimation feiner

Mitglieder von Amtswegen und beschließt darüber.

Jebe Wahl verliert dauernd oder vorübergehend ihre Wirkung, wenn sich ergiebt, daß die für die Mählbarkeit vorgeschriebenen Bedingungen nicht vorhanden gewesen sind oder wenn diese Bedingungen gänzlich oder zeitweise aushören. Der Kreistag hat darüber zu beschließen, ob einer dieser Fälle eingetreten ist.

Gegen die nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen gesaßten Beschlüsse sinnerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Bezirksberwaltungsgerichte statt. Die Klage hat keine auschiebende Wirkung; jedoch durfen bis zur rechtskräftigen Entscheidung Ersamablen nicht stattsinden.

Für das Streitverfahren tann ber Rreistag einen besonderen

Bertreter bestellen.

Die Namen der Gewählten sind durch das Kreis, beziehungs-

weise Amtsblatt befannt zu machen.

§ 114. Die Rreistagsabgeordneten erhalten weder Diaten noch Reifekoften.

3 weiter Abschnitt.

Bon ben Bersammlungen und Geschäften bes Rreistages.

§ 115. Der Areistag ist berufen, ben Areistommunalberband zu vertreten, über die Areisangelegenheiten nach näherer Bor-

fdrift biefes Gefetes, sowie über biejenigen Gegenstände zu berathen und zu beschließen, welche ibm zu biefem Bebufe burch Gefete ober Königliche Berordnungen überwiesen find ober in Rufunft burch Gefet überwiesen merden.

§ 116. Insbesondere ift der Kreistag befugt:

1) nach Maßgabe des § 20 statutarische und reglemen:

tarische Anordnungen zu treffen;

2) zu bestimmen, in welcher Weise Staatspraftationen, welche freisweise aufzubringen sind, und deren Aufbringungsweise nicht schon durch das Geset vorgeschrieben ift, repartirt werben follen.

Bei der Bestimmung im § 5 Nr. 3 des Gesetzes wegen der Kriegsleistungen vom 11. Mai 1851 (Bef.= Sammlung S. 362) bebält es sein Bewenden:

3) Ausgaben zur Erfüllung einer Berpflichtung ober im Interesse des Kreises zu beschließen, und zu diesem

Behufe

über das dem Kreise gebörige Grund-, beziehungsweise Kapitalvermögen zu verfügen, Anleihen aufzunehmen und die Kreisangehörigen mit Kreisabaaben zu belasten:

4) innerhalb der Borichriften der §§ 10 bis 18 den Bertheilungs- und Aufbringungsmaßstab ber Kreisabgaben

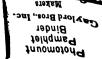
ju beschließen:

5) den Kreishaushaltsetat festzustellen und hinsichtlich der Jahresrechnung Decharge zu ertheilen (§§ 127 und 129):

6) die Grundsätze festzustellen, nach welchen die Berwaltung des dem Areise gehörigen Grund: und Kapital:Ber: mögens, sowie ber Kreiseinrichtungen und Anstalten au erfolgen bat;

7) bie Einrichtung bon Rreisämtern zu beschließen, Dic Bahl und Befoldung der Kreisbeamten zu bestimmen;

8) die Wahlen zum Kreisausschusse (§ 130) und zu den burch bas Gefet für Zwede ber allgemeinen Landes: verwaltung angeordneten Kommissionen zu pollziehen,



sowie besondere Rommissionen und Rommissare für

Rreiszwede zu bestellen (§ 167).

Für die Vollziehung dieser Wahlen gelten die Vorschriften des diesem Gesetze beigefügten Reglements. Gegen das stattgehabte Wahlversahren kann jedes Mitglied des Kreistages dis zum Schlusse des Kreistages Ginspruch bei dem Vorsitzenden erheben. Die endgültige Beschlußsassung über den Einspruch steht dem Kreistage zu.

9) Gntachten über alle Angelegenheiten abzugeben, die ihm zu diesem Behufe von den Staatsbehörden über-

wiesen werden;

10) die durch Gesetz oder Königliche Berordnung (§ 115) ihm übertragenen sonstigen Geschäfte wahrzunehmen.

§ 117. Ueber Fonds, welche ber Gesammtheit bes platten Landes ober ber Städte gehören, steht ben Kreistagsabgeordeneten bes platten Landes beziehungsweise ber Städte die Berefügung allein zu.

Insbesondere haben über diesenigen Fonds, welche in der Kur- und Neumark Brandenburg aus den Kontributions-Uebersschüffen angesammelt sind, die Kreistagsabgeordneten des platten

Landes allein zu verfügen.

§ 118. Der Landrath beruft die Kreistagsabgeordneten zum Kreistage durch besondere Einladungsschreiben, unter Angabe der zu berhandelnden Gegenstände, führt auf demselben den Borsit, leitet die Berhandlungen und handhabt die Ordnung in der Bersammlung. In Behinderungsfällen übernimmt der dem Dienst- beziehungsweise Lebensalter nach älteste anweisende Kreisdeputirte den Borsit.

Mit Ausnahme bringender Fälle, in welchen die Frist bis zu drei Tagen abgekürzt werden dars, muß die Einladung sämmtlichen Kreistagsabgeordneten mindestens 14 Tage borher zugestellt werden. Gegenstände, die nicht in die Einladung zum Kreistage aufgenommen sind, können zwar zur Berathung geslangen, die Fassung eines bindenden Beschusses über dieselben darf jedoch erst auf dem nächsten Kreistage erfolgen.



Anträge von Kreistagsabgeordneten auf Berathung einzelner Gegenstände sind bei dem Landrathe anzubringen und in die Einladung zum nächsten Kreistage aufzunehmen, insosern sie vor Erlaß der Sinladungsschreiben eingehen. Der Landrath ist verpslichtet, jährlich wenigstens zwei Kreistage anzuberaumen, außerdem aber ist er hierzu berechtigt, so oft es die Geschäfte ersordern. Die Zusammenberusung des Kreistages muß ersolgen, sobald dieselbe von einem Viertel der Kreistagsabgeordneten oder von dem Kreisausschusse verlangt wird.

Bon einem jeden anzusegenden Kreistage hat der Landrath dem Regierungspräsidenten unter Einsendung einer Abschrift des Einladungsschreibens Anzeige zu machen.

§ 119. Soll auf bem Kreistage Beschluß gefaßt werden:

1) über die Festsehung des Abgaben Bertheilungsmaßstabes in Gemäßeit des § 12;

2) über Mehr: und Minderbelastungen einzelner Kreiß:

theile in Gemäßheit des § 13;

3) über folche Gegenstände, welche Areisausgaben nothe wendig machen, die nicht auf einer gesetzlichen Berpflichtung des Kreises beruhen,

so ift ein ausführlicher Vorschlag zu dem Beschlusse, welcher über

a. den 3med beffelben,

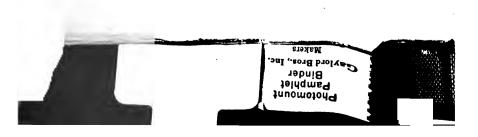
b. die Art ber Ausführung,

c. die Summe ber zu berwendenden Roften,

d. die Aufbringungsweise

das Nöthige enthält, von dem Kreisausschusse auszuarbeiten und jedem Abgeordneten mindestens 14 Tage vor Abhaltung des Kreistages schriftlich zuzustellen. Die Frist darf bis zu drei Tagen abgekürzt werden, wenn einem Nothstande vorgebeugt oder abgebolsen werden soll.

§ 120. Die Sitzungen des Kreistages sind öffentlich. Für einzelne Gegenstände kann durch einen in geheimer Sitzung zu sassenben Beschluß der Versammlung die Dessentlichkeit ausgesschlossen werden.



§ 121. Der Kreistag kann nur beschließen, wenn mehr als die Hälfte det Mitglieder anwesend ist. Eine Ausnahme hierbon sindet statt, wenn die Mitglieder des Kreistages, zum zweiten Male zur Verhandlung über denselben Gegenstand berusen, dennoch nicht in beschlußfähiger Anzahl erschienen sind. Bei der zweiten Zusammenberufung muß auf diese Bestimmung ausdrücklich hingewiesen werden.

§ 122. An Berhandlungen über Rechte und Berpstichtuns gen des Kreises darf derjenige nicht Theil nehmen, dessen

Interesse mit dem des Kreises im Widerspruche steht.

§ 123. Die Mitglieder des Kreisausschusses, welche nicht Mitglieder des Kreistages sind, werden zu den Versammlungen des Kreistages eingeladen und haben in denselben berathende Stimme.

§ 124. Die Beschlusse bes Kreistages werden nach Mehrheit ber Stimmen gefaßt.

Bei Stimmenaleichheit gilt ber Antrag als abgelehnt.

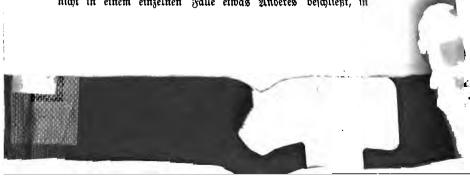
Bu einem Beschlusse, durch welchen eine neue Belastung der Kreißangehörigen ohne eine gesetzliche Verpflichtung oder eine Veräußerung dom Grunds oder Kapitalbermögen des Kreises bewirkt oder eine Veränderung des festgestellten Vertheilungsmaßstades für die Kreisadgaden (§ 12) eingeführt werden soll, ist jedoch eine Stimmenmehrheit don mindestens zwei Drittel der Abstimmenden erforderlich.

§ 125. Ueber die Beschlüsse des Areistages ist eine besons dere Verhandlung aufzunehmen, in welcher die Namen der dabei anwesend gewesenen Mitglieder aufgeführt werden müssen. Diese Verhandlung wird von dem Vorsitzenden und von wesnigstens 3 Mitgliedern des Areistages vollzogen, welche zu diesem Behuse von der Versammlung vor dem Veginne der Verhandelung zu bestimmen und in letzterer aufzusühren sind.

Ueber die Wahl eines Protokollführers und die Formen der Berhandlung bestimmt im Uebrigen die von dem Kreistage zu

befdließende Befdaftsordnung.

Der Inhalt der Kreistagsbeschlüffe ift, sofern der Kreistag nicht in einem einzelnen Falle etwas Anderes beschließt, in



einer von bem Rreistage zu bestimmenden Beise zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Dem Regierungspräsidenten ist eine Abschrift des Protofolls

einzureichen.

§ 126. Betitionen und Eingaben, welche Namens des Areistags in Bezug auf die seiner Beschlußnahme unterliegenden Angelegenheiten (§§ 115 und 116) überreicht werden sollen, müssen auf dem Areistage selbst berathen und vollzogen werden. Daß dies geschehen, ist in dergleichen Eingaben ausdrücklich zu bemerken.

Dritter Abschnitt.

Bon bem Rreisbaushalte.

§ 127. Ueber alle Einnahmen und Ausgaben, welche sich im Boraus bestimmen lassen, entwirft der Kreisausschuß jährlich einen Haushaltsetat, welcher von dem Kreistage festgestellt und demnächst in derselben Weise, wie die Kreistagsbeschlüsse, versöffentlicht wird.

Bei Vorlage bes Haushaltsetats hat ber Kreisausschuß bem Kreistage über bie Verwaltung und ben Stand ber Kreis:Kommunalangelegenheiten Bericht zu erstatten.

Gine Abschrift bes Etats und bes Berwaltungsberichtes wird nach erfolgter Feststellung bes Ersteren sofort bem Regierungspräsidenten überreicht.

Ausgaben, welche außer dem Etat geleistet werden sollen, bedürsen der Genehmigung des Areistages.

§ 128. Die Kreiskommunalkasse muß an einem bestimmten Tage in jedem Monate regelmäßig und mindestens einmal im Jahre außerordentlich revidirt werden. Die Redissonen werden von dem Borsisenden des Kreisausschusses vorgenommen. Bei den außerordentlichen Redissonen ist ein den dem Kreisausschuß zu bestimmendes Mitglied desselben zuzuziehen.

§ 128 a. Der Bezirksrath beschließt, an Stelle ber Aufsichtsbehörde, über die Feststellung und den Ersat von Desetten der Kreisbeamten nach Maßgabe der Verordnung von 24. Namuar 1844.

Photomount
Pamphlet
Binder
Gaylord Bros., Inc.
Makers

Ì

Der Beschluß ist, vorbehaltlich des ordentlichen Rechtsweges,

endaültia.

§ 129. Die Jahresrechnung ist von dem Rendanten der Kreistommunaltasse innerhalb der ersten vier Monate nach Schluß
des Rechnungsjahres zu legen und dem Kreisausschusse einzureichen. Dieser hat die Rechnung zu redidiren, solche mit
seinen Erinnerungen und Bemerkungen dem Kreistage zur
Brüfung, Feststellung und Entlastung einzureichen und demnächst
einen Rechnungsauszug zu veröffentlichen. Der Kreistag ist
besugt, diese Prüfung durch eine hiermit zu beauftragende
Kommission bewirken zu lassen.

Gine Abschrift des Feststellungsbeschlusses ist sofort dem

Regierungspräsidenten vorzulegen.

Vierter Abschnitt.

Von bem Kreisausschusse, seiner Zusammensetzung und seinen Geschäften in ber Kreiskommunal- und allgemeinen Landes-Verwaltung.

§ 130. Zum Zwecke ber Berwaltung ber Angelegenheiten bes Kreises und ber Wahrnehmung von Geschäften ber allgemeinen Landesverwaltung wird ein Kreisausschuß bestellt.

§ 131. Der Kreisausschuß besteht aus bem Landrathe und sechs Mitgliedern, welche von der Kreisdersammlung aus der Zahl der Kreisangehörigen nach absoluter Stimmenmehrheit gewählt werden. Für die Wählbarkeit gelten die im § 96 für die Wahlberechtigung gegebenen Bestimmungen.

Geistliche, Kirchendiener und Elementarkehrer können nicht Mitglieder des Kreisausschusses sein; richterliche Beamten, zu denen jedoch die technischen Mitglieder der Handelse, Gewerbeund ähnlicher Gerichte nicht zu zählen sind, nur mit Geneh-

migung des borgefetten Minifters.

§ 132. Der Kreistag kann nach Bedürfniß einen Syndikus bestellen, welcher die Besähigung zum höheren Richteramte besitzt. Derselbe nimmt an den Situngen mit berathender Stimme Theil.

§ 133. Die Wahl der Ausschuftmitglieder erfolgt auf sechs Jahre mit der Maßgabe, daß bei Ablauf der Wahlperiode die



Mitgliebschaft im Ausschusse bis zur Wahl des Nachsolgers sortdauert. Alle zwei Jahre scheidet ein Drittel der Mitglieder aus. Die das erste Mal Ausscheidenden werden durch das Loos bestimmt. Die Ausgeschiedenen können wiedergewählt werden. Zede Wahl verliert ihre Wirkung mit dem Ausschen einer der für die Wählbarkeit dorgeschriedenen Bedingungen. Der Kreisausschuß hat darüber zu beschließen, ob dieser Fall eingetreten ist. Gegen den Beschluß des Kreisausschusses sindet innerhald zwei Wochen die Klage bei dem Bezirksderwaltungsgerichte statt. Die Klage steht auch dem Vorsitzenden des Kreisausschusses zu zuechtsträstigen Ensschung Ersatwahlen nicht statssuns zur rechtsträstigen Ensschung Ersatwahlen nicht statssuns. Für das Streitversahren kann der Kreisausschuß einen besonderen Bertreter bestellen.

Die Ausschußmitglieber werden bom Borsitzenden bereidigt. Sie können nach Maßgabe der Bestimmungen des § 32 des Gesetzes über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung im Bege des Disziplinarbersabrens ihrer Stellen ent-

boben werben.

§ 134. Der Rreisausichuß bat:

1) die Beschlüsse bes Kreistages vorzubereiten und auszusühren, soweit damit nicht besondere Kommissionen, Kommissarien oder Beamte durch Geseh oder Kreistagsbeschluß beauftragt werden;

2) die Areisangelegenheiten nach Maßgabe der Gesetze und der Beschlüsse des Areistages, sowie in Gemäßheit des von diesem festzustellenden Areishaushaltsetats zu

verwalten:

3) die Beamten des Kreises zu ernennen und deren Geschäftsführung zu leiten und zu beaufsichtigen.

Hinsichtlich der Besetzung der Kreisbeamtenstellen mit Militärinvaliden gelten die in Ansehung der Städte erlassenen Borschriften; hinsichtlich der Dienstbergeben der Kreisbeamten finden die Bestimmungen des § 68 mit der Maßgabe Anwendung, daß das Recht zur Verhängung den Ordnungsstrassen auch dem Landrathe zusieht;





- 4) sein Gutachten über alle Angelegenheiten abzugeben, welche ihm von den Staatsbehörden überwiesen werben;
- 5) biejenigen Geschäfte ber allgemeinen Landesberwaltung zu führen, welche ihm durch Geset übertragen werden.
- § 136.* Der Landrath leitet und beaufsichtigt den Geschäftse gang des Ausschusses und sorgt für die prompte Erledigung der Geschäfte.

Der Landrath beruft den Kreisausschuß und führt in demselben den Borsit mit vollem Stimmrechte. Ist der Landrath verhindert, so geht der Borsit auf seinen Stellvertreter über. Ist dies der Kreissekretär, so führt nicht dieser, sondern das hierzu vom Ausschusse gewählte Mitglied den Borsit.

§ 137. Der Landrath führt die laufenden Geschäfte der dem Ausschusse übertragenen Berwaltung. Er bereitet die Beschlüsse des Ausschusses dor und trägt für die Aussührung derselben Sorge. Er kann die selbskändige Bearbeitung einzelner Angelegenheiten einem Mitaliede des Kreisausschusses übertragen.

Er vertritt den Kreisausschuß nach Außen, verhandelt Namens desselben mit Behörden und Privatpersonen, führt den Schriftwechsel und zeichnet alle Schriftstude Namens des Ausschusses.

Urkunden über Rechtsgeschäfte, welche den Kreis gegen Dritte verbinden sollen, ingleichen Bollmachten, müssen unter Anführung des betreffenden Beschlusses des Kreistages beziehungsweise Kreisausschusses don dem Landrathe und zwei Mitgliedern des Kreisausschusses beziehungsweise der mit der Angelegenzheit betrauten Kommission unterschrieden und mit dem Siegel des Landraths versehen sein.

§ 138. Die Anwesenheit dreier Mitglieder mit Einschluß des Borsişenden genügt für die Beschlußfähigkeit des Kreise ausschusses.

Die Beschlusse werden nach Stimmenmehrheit gesaßt. Ift eine gerabe Zahl von Mitaliebern anwesend, so nimmt bas bem

^{* § 135} ift fortgefallen.

Lebensalter nach jungfte gemählte Mitglied an ber Abstimmung

feinen Antheil.

§ 139. Betrifft der Gegenstand der Berhandlung einzelne Mitglieder des Kreisausschusses oder deren Verwandte und Berschwägerte in auf- oder absteigender Linie oder bis zu dem dritten Grade der Seitenlinie, so dürsen dieselben an der Berathung und Entscheidung nicht Theil nehmen.

Ebensowenig dürsen die Mitglieder des Kreisausschusselsei der Berathung und Entscheidung solcher Angelegenheiten mitwirken, in welchen sie in anderer als öffentlicher Eigenschaft ein Gutachten abgegeben haben oder in anderer als öffentlicher

Eigenschaft thatig gewesen find.

Bird dadurch ein Kreisausschuß beschlußunsähig, so ersfolgt, soweit es sich um Kreiskommunalangelegenheiten handelt, die Beschlußfassung durch den Kreiskag, im Uebrigen nach Maßgabe des § 54 des Gesetzes über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung.

§ 164.* Soweit die eigenen Einnahmen bes Kreisausschuffes und die bom Staate hierzu nach § 70 zu überweisenden Beiträge nicht ausreichen, werden die Kosten, welche die Geschäftsberwaltung desselben verursacht, von dem Kreise getragen:

Die Mitglieder des Kreisausschusses erhalten eine ihren baaren Auslagen entsprechende Entschädigung. Ueber die Höhe

derfelben beschließt der Rreistag.

§ 166.** Im Uebrigen wird der Geschäftsgang bei den Kreisausschüffen durch ein von dem Minister des Innern zu erlassendes Regulativ geordnet.

fünfter Abschnitt.

Bon ben Kreis-Kommiffionen.

§ 167. Für die unmittelbare Berwaltung und Beauflichtigung einzelner Kreisinstitute sowie für die Besorgung einzelner Kreisangelegenheiten kann der Kreistag nach Bedürsniß besondere Kommissionen oder Kommissare aus der Zahl der Kreisange-



^{* §§ 6140—163} finb fortgefallen. ** § 165 ift fortgefallen.

hörigen bestellen, welche ebenso, wie die durch das Gesetz für Zwecke der allgemeinen Landesderwaltung angeordneten Kommissionen, ihre Geschäfte unter der Leitung des Landraths besorgen.

Der Landrath ist befugt, jeder Zeit den Berathungen der Kreiskommissionen beizuwohnen und dabei den Borsitz mit vollem Stimmrechte zu übernehmen, soweit nicht hierüber hinsichtlich der für Zwecke der allgemeinen Landesderwaltung angeordneten Kommissionen etwas Anderes gesetzlich bestimmt ist.

§ 168. Ueber die Gewährung von Diäten und Reisekosten an die Mitglieder der Kreiskommissionen zu bestimmen, bleibt dem Kreistage überlassen.

Pierter Titel.

Von den Stadtkreisen.

§ 169. In benjenigen Kreisen, welche nur aus einer Stadt bestehen (Stadtsreise), werden die Geschäfte des Kreistages und bes Kreisausschusses, die des letzteren, soweit sich dieselben auf die Berwaltung der Kreiskommunalangelegenheiten beziehen, bon den städtischen Behörden nach den Vorschriften der Städtesordnung wahrgenommen.

Die Bestimmungen bes zweiten Abschnitts bes ersten Titels finden auf Stadtfreise keine Anwendung.

- § 170. In den Stadtfreisen, mit Ausnahme des Stadtfreises Magdeburg, tritt an die Stelle des Kreisausschusses zur Wahrnehmung den Geschäften der allgemeinen Landesberwaltung in den durch die Gesetze bezeichneten Fällen der nach den Borschriften der §§ 30 ff. des Gesetzes über die Organisation der allgemeinen Landesberwaltung gebildete Stadtausschuß.
- § 171. Der Kreistag des Stadtfreises Magdeburg besteht außer dem Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg, welcher die Kreiskommunal-Berwaltung leitet und den Borsitz im Kreistage mit vollem Stimmrecht führt, aus 11 Mitgliedern, von denen



1) die Altstadt Magdeburg mit Sudenburg : 6,
2) die Neustadt Magdeburg 3,
2) die Neustadt Magdeburg
Abgeordnete entsendet.
§ 172. Die Wahl der Kreistagsabgeordneten erfolgt nach
ben Borschriften des § 104 Absat 1.
§ 173. Der Kreisausschuß bes Stadtfreises Magdeburg
besteht aus bem Oberbürgermeister ber Stadt Magdeburg, in
Behinderungsfällen deffen gefetlichem Stellvertreter, als Bor-
figendem, und fechs Mitgliedern, welche von dem Rreistage aus
ber Bahl der Mitglieder der Magistrate der drei zum Stadt-
treis Magdeburg gehörigen Städte gewählt werden.
§ 174. Für den Kreistag und den Kreisausschuß bes Stadt-
treises Magbeburg gelten die Borschriften der §§ 115 und 116,
118—131, 133 und 134, 136—139, Absat 1 und 2 dieses
Gesetzes, so weit sich dieselben auf die Verwaltung der Kreis-
fommunal-Angelegenheiten beziehen.
§ 175. Die Bestimmungen des zweiten Abschnittes des
ersten Titels finden auf den Stadtfreis Magdeburg gleichmäßige
Anwendung.
Sünfter Cites.
Von der Oberaufsicht über die Kreisverwaltung.
§ 176. Beschlüsse des Kreistages, welche folgende Angelegen-
heiten betreffen:
1) statutarische Anordnungen nach Maßgabe des § 20 Nr. 1:
2) Mehr: oder Minderbelastung einzelner Kreistheile (§ 13);
3) eine Belastung ber Kreisangehörigen durch Kreisab-
gaben über 50 Prozent bes Gesammtaufkommens ber
direkten Staatssteuern;
4) Beräußerungen von Grundstüden und Immobiliar-

rechten bes Rreifes;

5) Anleihen, durch welche der Kreis mit einem Schulden-bestande belastet oder der bereits vorhandene Schul-



benbestand vergrößert werden wurde, sowie die Uebernahme von Burgschaften auf den Kreiß;

6) eine neue Belastung ber Kreisangehörigen ohne gesetzliche Berpflichtung, insofern die aufzubringenden Leistungen über die nächsten fünf Jahre hinaus fortdauern sollen —

beburfen in ben Fällen zu 1 ber landesherrlichen Genehmigung, in ben Fällen zu 2 ber Bestätigung bes Ministers bes Innern, in ben Fällen zu 3 ber Bestätigung ber Minister bes Innern und ber Finanzen, in ben übrigen Fällen ber Bestätigung bes Bezirksrathes.

Dhne die vorgeschriebene Bestätigung sind die betreffenden

Beschluffe bes Kreistages nichtig.

§ 177. Die Aufsicht bes Staates über die Berwaltung der Angelegenheiten der Landfreise und des Stadtfreises Magdeburg wird von dem Regierungspräsidenten, in höherer und letzter Instanz von dem Oberpräsidenten geübt, unbeschadet der in den Gesehen geordneten Mitwirkung des Bezirksrathes und des Prodinzialrathes.

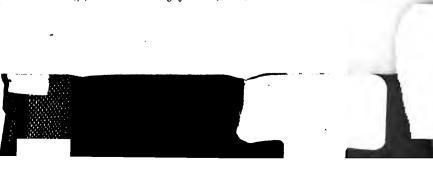
Befchwerben an die Aufsichtsbehörde in Kreisangelegenheiten find in allen Inftanzen innerhalb zwei Bochen anzubringen.

§ 177a. Die Aufsichtsbehörden haben mit den ihnen in den Gesegen zugewiesenen Mitteln darüber zu wachen, daß die Berwaltung den Borschriften der Gesetze gemäß geführt und in geordnetem Gange erhalten werde.

Die Auflichtsbehörden sind zu dem Ende befugt, über alle Gegenstände der Verwaltung Auskunft zu erfordern, die Einssendung der Akten, insbesondere auch der Haushaltsetats und der Jahresrechnungen zu verlangen, sowie Geschäfts: und

Kassenrevisionen an Ort und Stelle zu veranlassen.

§ 178. Beschlüsse bes Kreistages, ber Kreistommissionen, sowie in Kommunalangelegenheiten bes Kreises gefaßte Beschlüsse bes Kreiseusschusses, welche beren Besugnisse überschreiten ober die Gesetze berleten, hat der Landrath, entstehenden Falles auf Anweisung der Aussichtsbehörde, unter Angabe der Gründe, mit aufschiebender Wirtung zu beanstanden.



Gegen die Verfügung des Landrathes steht dem Areistage, der Areiskommission, beziehungsweise dem Areisausschusse innerhald zwei Wochen die Alage dei dem Bezirksberwaltungsgerichte zu. Dieselben können zur Wahrnehmung ihrer Rechte im Verwaltungsstreitderschren einen besonderen Vertreter bestellen.

§ 179. Auf den Antrag des Staatsministeriums kann ein Kreistag durch Königliche Berordnung aufgelöst werden. Es sind sodann Neuwahlen anzuordnen, welche binnen sechs Monaten vom Tage der Auslösung an, erfolgen müssen.

Im Falle der Ausschiedung eines Kreistages bleiben die von demselben gewählten Mitglieder des Kreistausschusses und der Kreiskommissionen so lange in Wirksamkeit, die der neu gebildete Kreistag die erforderlichen Neuwahlen vollzogen hat.

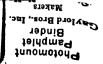
§ 180. Unterläßt ober berweigert ein Kreis die ihm gesetzlich obliegenden, von der Behörde innerhalb der Grenzen ihrer Zuständigkeit sestgestellten Leistungen auf den Haushaltsetat zu bringen oder außerordentlich zu genehmigen, so verfügt der Regierungspräsident, unter Angabe der Gründe, die Eintragung in den Etat, beziehungsweise die Feststellung der außerordentlichen Ausgaben.

Gegen die Berfügung des Regierungspräsidenten steht dem Kreise innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Bezirksberwaltungsgerichte zu. Bur Aussührung der Rechte des Kreises kann der Kreistag einen besonderen Bertreter bestellen.

Sechster Titel.

Besondere Bestimmungen für die Proving Sachsen.

§ 181. Für den Umfang der in der Provinz Sachsen belegenen Grafschaften Wernigerode, Stolberg-Stolberg mit dem vormaligen Amte Helbra kommt dieses Gesetz mit den Waßgaben des Gesetz vom 18. Juni 1876 (Gesetzsamml. S. 245) zur Unwendung.





Siebenter Titel.

Allgemeine Uebergangs- und Ausführungs-Bestimmungen.

- § 183.* Bis zu einer anderweiten Beschlußsassung der Provinzialvertretungen tritt an die Stelle des im § 86 sestigestellten Betrages von 225 Mark Grund: und Gebäudesteuer für die Kreise der Provinz Sachsen der Betrag von 300 Mark und für die Kreise des Regierungsbezirks Stralsund der Betrag von 750 Mark.
- § 184. Für die ersten nach Maßgabe dieses Gesetzes vorzunehmenden Bertheilungen und Wahlen der Kreistagsabgeordeneten sind die dem Kreisausschusse beziehungsweise dem Kreistage übertragenen Besugnisse von dem Landrathe wahrzunehmen. Ingleichen liegt für diese ersten Wahlen dem Landrathe die Brüfung der Wahlprotokolle an Stelle des Kreisausschusses ob.
- § 185. Für jeden Kreis wird die erfolgte Bildung der Amtsbezirke und die Ernennung der Amtsberfteher durch eine bon dem Oberprösidenten durch das Amtsblatt zu erlassende Bekanntmachung zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Bis zu diesem Zeitpunkte bleiben die rücksichtlich der örtlichen Polizeisverwaltung bestehenden Vorschriften in Kraft.
- § 186. Die Amtöthätigkeit der jetigen Gemeindevorsteher und Schöffen erlischt am 30. Juni 1874. Die schon jetzt gewählten Gemeindevorsteher und Schöffen bleiben jedoch in Funktion bis zum Ablauf der in dem gegenwärtigen Gesetze vorgeschriebenen sechsjährigen Amtödauer, vom Tage ihrer Bestätigung gerechnet, sosern nicht eine Gemeinde eine frühere Wahl ausdrücklich beantragt.
- § 199.** Alle dem gegenwärtigen Gefete zuwiderlaufenden Bestimmungen werden aufgehoben und treten, mit Borbehalt



^{* § 182} ift fortgefallen. ** §§ 187 bis 198 find fortgefallen.

der Borschriften der §§ 12, 185 und 186, mit dem 1. Januar 1874 außer Kraft. Die bisherigen freisständischen Kommissionen bleiben bis zur anderweitigen Beschlußnahme des Kreistages über ihren Fortbestand und ihre Zusammensehung in Wirksamkeit.

§ 200. Der Minister bes Innern ist mit ber Ausführung bes gegenwärtigen Gesehes beauftragt und erläßt bie hierzu erforberlichen Anordnungen und Instruktionen.

Photomount
Pamphlet
Binder
Gaylord Bros., Inc.
Makers

Wahl-Reglement.

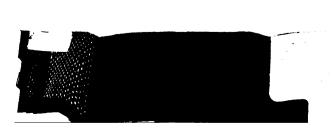
§ 1. Acht Tage vor der Wahl werden die Wähler zu den Wahlen mittels schriftlicher Sinladung oder durch ortsübliche Bekanntmachung berusen. Die Sinladung und Bekanntmachung muß das Lokal, den Tag und die Stunde der Wahl genau bezeichnen. Hinsichtlich der von dem Kreistage vorzunehmenden Wahlen bewendet es bei den für die Berusung des Kreistages vorgeschriebenen Fristen.

§ 2. Der Wahlborstand besteht aus dem nach den bestehenden Vorschriften zur Leitung des Wahlaktes berusenen Beamten als Vorsitzenden und aus zwei oder vier von der Wahlbersammlung aus der Zahl der Wähler zu wählenden Beistzern. Der Borstende ernennt einen der Beistzer zum Protokollsührer. In den Fällen der §§ 23, 51 Rr. 1 und 100 der Kreisordnung kann auch eine nicht zur Wählerderssammlung gehörige Person zum Protokollsührer ernannt werden.

§ 3. Während der Wahlhandlung dürfen im Wahllokale weder Diskussionen stattsinden, noch Ansprachen gehalten, noch Beschlüsse gefaßt werden. Ausgenommen hierdon sind Diskussionen und Beschlüsse des Wahlborstandes, welche durch die Leitung des Wahlgeschäftes bedingt sind.

§ 4. Jebe Wahl erfolgt in einer besonderen Wahlhandlung durch Stimmzettel.

§ 5. Die Bahler werben in der Reihenfolge, in welcher sie in der Bahlerliste verzeichnet find, aufgerufen. Jeder Aufgerufene legt seinen Stimmzettel uneröffnet in die Bahlurne.





Die während der Wahlhandlung erscheinenden Wähler können an der nicht geschlossenen Wahl Theil nehmen.

Sind keine Stimmen mehr abzugeben, so erklärt der Bahlborstand die Wahl für geschlossen; der Borsigende nimmt die Stimmzettel einzeln aus der Wahlurne und verliest die darauf berzeichneten, don einem Beisiger, welchen der Borsigende ernennt, laut zu zählenden Namen.

- § 6. Ungültig sind:
 - 1) Stimmzettel, welche nicht von weißem Papier, ober welche mit einem außeren Kennzeichen verseben find,
 - 2) Stimmzettel, welche keinen oder keinen lesbaren Namen enthalten,
 - 3) Stimmzettel, aus welchen bie Person bes Gemählten nicht unzweiselhaft zu erkennen ist,
 - 4) Stimmgettel, auf welchen mehr als Gin Name, ober ber Name einer nicht mahlbaren Berson verzeichnet ist,
 - 5) Stimmzettel, welche einen Protest ober Borbehalt enthalten.
- § 7. Alle ungültigen Stimmzettel werben als nicht abgegeben betrachtet. Ueber die Gültigkeit der Stimmzettel entscheidet vorläufig der Wahlvorstand.

Die Stimmzettel sind dem Bahlprotokolle beizufügen und so lange aufzubewahren, bis über die gegen das Wahlberfahren erhobenen Einsprüche rechtskräftig entschieden ift.

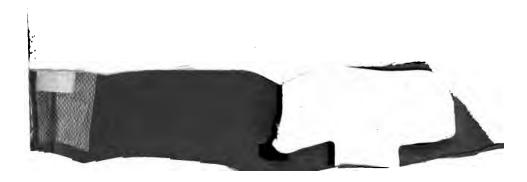
§ 8. Als gewählt ist berjenige zu betrachten, welcher die absolute Stimmenmehrheit (mehr als die Hälfte ber Stimmen) erhalten hat.

Ergiebt sich keine absolute Stimmenmehrheit, so kommen biejenigen zwei Bersonen, welche die meisten Stimmen erhalten haben, auf die engere Wahl. Haben mehr als zwei Personen die meisten und gleich diel Stimmen erhalten, so entscheide das durch die Hand des Vorsitzenden zu ziehende Loos darüber, wer auf die engere Wahl zu bringen ist; in gleicher Weise



erfolgt die Entscheidung, wenn auch die engere Wahl keine Stimmenmehrheit ergiebt.

- § 9. Die Bahlprototolle find von dem Bahlvorstande zu unterzeichnen.
- § 10. Der Borsitzende des Wahlborstandes hat die Gewählten den der auf sie gefallenen Wahl mit der Aufforderung in Kenntniß zu setzen, sich über die Annahme oder Ablehnung innerhalb längstens fünf Tagen zu erklären. Wer diese Erstlärung nicht abgiebt, wird als ablehnend betrachtet.
- § 11. Bahlen, welche auf dem Kreistage vorzunehmen sind, können auch durch Akklamation stattsinden, sofern Niemand Widerspruch erhebt.



Sachregister.

(Die Bahlen in biefem Regifter find bie ber §§.)

Abgeordnete der Landgemeinden, deren Wahl 103; — Bertheilung auf die Wahlbezirke 91; — des Kreistags s. Kreistags-Abgeordnete; — der Städe 104; — deren Wahl 104;

— Bertheilung auf die Bahlbezirke 92.

Aemter bes Kreises 21 st.; — Entschuldigungsgründe zur Ablehnung unbesolbeter im Kreise 8; — Berpstichtung zu beren Uebernahme 8, 25; — Weigerung der Uebernahme derselben 8; — Strafe dafür 8, 25; — Dauer derselben 8; — deren Einrichtung 116.

Aftiengesellschaften, beren Heranziehung zu den Kreisabgaben 14; — Einschätzung 15; — Stellvertretung beim Gutsbesit 32; — Mitglieder des Wahlverbandes der Landgemeinden 87; — Stellvertretung bei den Wahlen 97. Amtsausschuß, bessen Bildung 51 ff.; Qualification der Ber-

Am tšausschuß, bessen Bildung 51 ff.; Qualification ber Bertreter in bemselben 51; — Legitimation ber Mitglieder 51a; — Rlage gegen seine Beschüsse beim Kreisausschusse 51a; — bessen besonderer Vertreter im Streitversahren 51a; — bessen Besugisse 52; — Berufung 54; — Sizungen 54; — Beschüsse 54; — von Anleihen burch ihn 55a.

Amtsbezirte 21, 48 ff.; — beren Bilbung und Abgrenzung 48 ff., 185; — Abänberung 48; — zusammengesete 48, 70; — Revision und endgültige Feststellung durch den Provinzialrath 49; — Kostenausbringung in zusammengeseten 70.

vinzialrath49; — Kostenausbringung in zusammengesesten 70. Amtsverband als Korporation 55; — Bestätigung deren Beschlüsse durch den Kreisausschuß 55a; — Aussich des



Staats über bie Berwaltung ber Angelegenheiten beffelben 55c: — Beschwerben 55o: — bessen Pflichten 72.

Amtsverwaltung 50; — beren Organe 50; — Koften 69 ff. Amtsvorsteher 21, 50; — Beanstandung der Beschlüsse des Amtsausschusses durch ihn 54a; — bessen Berufung 56; — Ernenmung ac. 56, 185; - Stellvertretung 57; - Obliegenheiten 30, 57, 59; — Anordnungen bezüglich ber öffentlichen Wege 61; — dienstliche Stellung 65 f.; — Dienstbergehen 68; — Amtsunkostenentschäbigung 69; — Bereibigung durch ben Landrath 56; — kommissarische 58; — beren Remuneration 69; — Polizeistrasverordnungen 62; Recht zum Erlaß von der vorläufigen Straffestjegung 63; — Ordnungsstrafrecht 60: — Beschwerben über beffen Geschäftsführung und Berfügungen 67.

Auffichtsbehörben bes Rreistags 177; - bes Rreifes 67.

77, 177 ff.

Auseinandersetzung zwischen ben Rreifen 3; - zwischen Stäbten und Rreifen 4; — zwischen Gemeinden und Schulzengutsbefiger 41 f.; — Roften 45.

Auseinanderfegungsbehörben, beren Befugniffe 43 f. Ausführungsbestimmungen ber Rreisordnung 183 ff. Musicheiben ber großen Stabte aus ben Rreisverbanden 4. Ausichusmitglieber bes Rreistags 131; - beren Bahl 131;

— Amtsbauer, Bereibigung und Dienstvergehen 133.

Begrenzung der Rreife f. Rreife.

Berggewertichaften, beren Berangiehung zu ben Rreisab-

gaben 14.

Bergwertsbefiger, beren Beranziehung zu den Rreisabgaben 14; — Einschätzung 15; — Mitglieber des Bahlverbandes ber Landgemeinden 87; — wahlberechtigt 94, 96. Berufung gegen die Entscheidungen des Kreisausschusses 110.

Beschwerden 19, 68, 70a.

Begirtsrath, beffen Beichluffaffung über Auseinanderfebung zwischen Rreifen 3; - besgleichen zwischen ber ausscheibenben Stadt und bem Kreise 4; — führt die Aufsicht über die Berwaltung des Amtsverbandes 55c; — Beschwerde an ihn 68: - Beichluß über ben Erfat von Defetten ber Areisbeamten 128a.

Bezirksvermaltungsgericht, Rlagen bei bemfelben 4, 8, 19, 72, 110, 112a.

Bürgermeifter, beffen Obliegenheiten bezüglich ber öffentlichen

Bege 61; — Leitung ber Bahlen 104. Bürgerrecht, Bebingung jur Bahlbarteit jum Bahlmann und Abgeordneten 106.

Dienstgrundstude, beren Befreiung von ben Rreisabgaben 18. Doppelbefteuerung, Ungulaffigfeit berfelben beguglich ber Rreisabgaben bei bemfelben Gintommen 16.

Dorfgeschworene f. Gerichtsmänner 22.

Dorfrichter 22. -;

Chefrauen, beren Stellvertretung bei ben Bablen 97: beim Gutsbefit 31.

Einkommen fteuer bei Bertheilung ber Rreisabgaben 10 f.

Einfünfte, beren Rückfall an die Gemeinde 38.

Einnahmen aus Gelbbugen und Ronfistaten, beren Bereinnahmung 73.

Einsprüche und Beichwerben 19, 67, 70a.

Elementaricullehrer, Besteuerung beren Diensteinfommens 18.

Fiskus, bessen Nichtheranziehung zu den Kreisabgaben 14. Forensen, deren Heranziehung zu den Kreisabgaben 10, 14; — Einschätzung 15.

Gebäube, öffentliche, beren Befreiung von Kreisabgaben 17.

Gebändesteuer bei Bertheilung ber Kreisabgaben 10. Geiftliche, Befteuerung beren Dienfteintommens 18.

Gemeindebeamte, beren Bestätigung 26 f.

Gemeindegrenzen, beren Beränderungen 3.

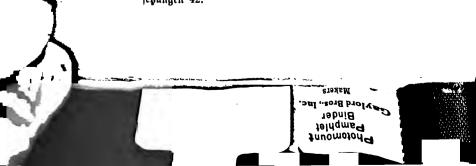
Gemeinden als Amtsbezirke 48; — Bereinigung zu Rollektivstimmen 101.

Gemeindevorstand f. Gemeindevorsteher.

Gemeindevorsteher 21 ff.; - beren Bahl 23 f.; - Strafe bei Weigerung der Uebernahme des Amtes als folder 25; - Bestätigung 26; — Bereidigung 27; — Dienstussellen-entschädigung 28, 34a; — Rechte und Pstichten 29 f., 65; — Dienstwergehen 35; — Zwangsversahren 65; — als Amtsvorsteher 56; — Amtsthätigkeit 186; — dienstliche Stellung 65.

Bendarmen, beren bienftliche Stellung 65.

Generalkommission, beren Entscheidung bei Auseinanderfegungen 42.



Gerichtsmänner, Gerichts- ober Dorfgeschworene f. Schöffen 22.

Gewerbesteuer bei Bertheilung ber Kreisabgaben 10.

Gewerbtreibende, Witglieber des Wahlverbandes der Landgemeinden 87; — wahlberechtigt 96.

Grundfteuer bei Bertheilung ber Kreisabgaben 10.

Grund it ude und Gerechtigfeiten, beren Rudfall an bie Gemeinbe 38.

Güter, beren Bereinigung ju Rollektivftimmen 99.

Gutsbefiger f. Gutsherr.

Gutsbezirke 21; — beren Ortsberwaltung 22; — beren Grenzberänderungen 3, 49; — als Amtsbezirke 48; — Bilbung von Wahlbezirken 85 f.; — für dieselben 111.

Gutsbegirtsgrengen, beren Beranberung 48.

Gutsherren 31 ff.; — als Gutsvorsteher 31; — Rechte und Pflichten als solche 29, 30 f.; — beren Stellvertretung bei ber Amtöführung 32 f.; — als Mitglieder der Wahlverbände 86, 96.

Gutsvorsteher als Gemeindevorsteher 21; — bessen Besugnisse und Pflichten 31; — Bestellung eines Stellvertreters für den ernannten 32, 34; — Remuneration des letzteren 34a; — dienstliche Stellung 65; — Zwangsversahren 65; — Bestätigung 33; — als Amtsvorsteher 56.

Furiftische Personen, beren Heranziehung zu den Kreisabgaben 10, 14; — Einschätzung 15; — Stellvertretung beim Gutsbesit 32; — Mitglieber des Wahlverbandes der Landgemeinden 87; — Stellvertretung bei den Wahlen 97.

Rirchfpiele, beren Berbande follen nicht zerriffen werben 48.

Rlaffenfteuer bei Bertheilung ber Rreisabgaben 10 f.

Kommanbitgesellschaften auf Attien, beren Heranziehung zu ben Kreisabgaben 14; — Ginschäpung 15; Stellbertretung beim Gutsbesit 32; — Mitglieber ber Bahlverbande ber Landgemeinden 87; — Bertretung bei ben Bahlen 97.

Kommunalsachen ber Amtsbezirke, Landgemeinden und selbste ständigen Gutsbezirke, beren Ueberweisung an ben Amtsausschuß 53.

Rreis, ein Rommunalverband 2.

Areisabgaben, beren Aufbringung 9 f.; — Berechnung 11; — Befreiung von benselben 17; — Beitragspflichten bazu 9; — Beschwerben wegen der Beranlagung 19; — Heran-



ziehung ber Forensen 2c. 10, 14; — bes Diensteinkommens ber Staatsbeamten 2c. 18; — beren Bertheilung 9 ff.; — Bertheilungsmaßftab 11 f., 119.

Rreisämter f. Memter.

Kreisangehörige 6; — beren Rechte 7; — Pflichten 8; — Belaftung 116.

Rreisangelegenheiten, beren Bermaltung 130.

Kreisausgaben, Beschluffassung barüber 116, 119; — Genehmigung 127.

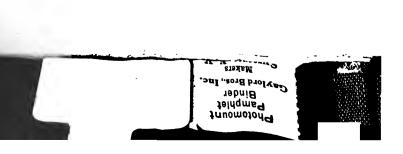
Kreisausschüffe 130 ff., — beren Beschlüftnahme über Beschwerden und Einsprücke 19; — Recht zur Prüfung und Beschätigung der Auseinandersetzungs-Rezesse 41; — bessen Beschlüft über die Auseinandersetzung bei Bereinigung von Bezirken 49a; — Bestätigung der Beschlüsse des Amtsverbandes durch ihn 55a; — Bestätigung der Asstützerbandes durch ihn 55a; — Bestätigung der Antisvorstehers für Anordnungen bezüglich der öffentlichen Wege 2c. 61; — dessen Beschlüßer Beschwerden gegen Verfügungen des Amtsvorstehers 67; — Theilnahme der Mitglieder derselben an den Kreisztags-Versammlungen 123; — Bewilligung von Kreiszusgaben 116; — Gutachten 42, 134; — deren Zusammensetzung 131; — Geschüfte 130, 134;; — Syndikus 132; — Mitglieder 133; — Beschlüßsigkeit 138 f.; — Versahren vor demselben in streitigen Verwaltungssachen 8, 19, 35, 67 f.; — dessen Entschung 138; — Kosten der Geschäftsverwaltung 164; — eigene Einnahmen 164; — Geschäftsverwaltung 164; — eigene Einnahmen 164; — Geschäftsverwaltung 166; — bessen Sitzungen 136; — Vorsitz 136; — Wahlen dazu 116, 131; — führt die Aussschäder die Verwaltung der Amtsverbände in I. Instanz 55e.

Areisbeamte, beren Ernennung burch ben Areisausschuß 134;
— Bestimmung ber Zahl und Besolbung berselben 116.

Rreisdeputirte als Bertreter bes Landraths 75, 118.

Kreise, beren Begrenzung 1; — Bezirke 1; — Beränderung bestehender und Bildung neuer 3; — Gliederung 21; — Aemter 22 ff.; — Umfang 1; — Bertretung 84 ff.; Berwaltung 84 ff.; — Zusammenlegung 3; — Korporationszeigte 2; — Kommunalverband 2.

Rreisgrengen, Bekanntmachung beren Beränberung 3 f.; — Bestehenbleiben ber privatrechtlichen Berhaltniffe babei 5.



Kreishaushalt, Aufstellung und Feststellung bes Etats 116, 127; — Legung, Prüfung, Feststellung, Entlastung ber Jahresrechnung desselben 116, 129.

Kreiskommissionen 116, 167; — Zweck 167; — beren Mitglieder 168; — Diaten und Reisekoften berselben 168; — Borsit 167; — Wahlen 116; — Neuwahlen 179.

Kreiskommunal - Angelegenheiten, beren Beaufsichtigung 135 ff.

Kreistommunal-Rasse, beren Revision 128.

Rreistommunal -Berband, beffen Bertretung burch ben Kreistag 115.

Kreislasten, Beitragspslicht ber Beamten zu benselben 18. Kreisreglements 20 ff., 116.

Kreissetretair, als Stellvertreter bes Landraths 75.

Rreisstatuten 20 ff., 51, 116.

Rreistag, bessen Feststellung bes Maßstabes ber Kreisabgaben 12; — Borschläge zur Ernennung bes Amtsvorstehers 56; Zwed 115 st.; — bessen Zusammenseyung 84; — Witgliederzahl 84; — Bertretung und Berwaltung 84 st.; — Wahlen zu demselben 85; — bessen Wersammlungen 115 st.; — Bahlen zu demselben 85; — bessen Wersammlungen 115 st.; — Bestignisse 12, 116; — Gutachten 116; — Berssung über Fonds einzelner Kreistheile 117; — Berusung 118; — Borsig und Leitung der Berhanblungen 118; — Abfassung besonderer Propositionen sür denselben 119; — Oessentlicheit der Sizungen 120; — Beschlüßsähigseit 121; — Ausschluß von dessen 120; — Beschlüßsähigseit 121; — Ausschlüße von dessen 126; — Aussichte behörden 177; — Beschlüße 178; — Ausschlungen 122; — dessen 177; — Beschlüße 178; — Ausschlungen 179; — zwangsweise Etatistieung geschlüßer Leistungen durch bie Regierung 180; — Theilnahme der Kreisausschlüßentz bie Kegierung 180; — Theilnahme der Kreisausschlüßentz beschlüße 124; — Necht zur Besezung des Landrathsamts 74; — Bildung der Wahlbezirte durch denselben 111 s.; — Neuwahlen 179. Kreistags-Abgeord nete 84 st.; — deren Bertheilung für die Ergebenden Bruchtheile 93; — deren Wahl 85; — Ergänzungs- und Ersaywahlen 108; — Wählbarkeit 96, 106; — Einführung 109; — Ausscheben 107; — Entscheidung über

bie Gültigkeit ber Wahlen 113; — erhalten keine Diäten und Reisekosten 114; — Legitimation ber Mitglieber 113; — Einspruch gegen beren Wahl 113.

Kreistagsbeschlüffe, beren Fassung 124; — Borbereitung und Ausführung 125; — Genehmigung 176; — Beröffentslichung 125.

Kreistagsprotofolle, beren Abfassung und Beröffentlichung 125.

Rreistheile, beren Dehr- ober Minderbelaftung 119.

Rreisverbanbe f. Bahlverbanbe.

Rreisverfassung, beren Grundlagen 1 ff.

Kreisvermögen, beffen Berwaltung 116.

Rreisversammlung f. Kreistag.

Kreisverwaltung 21; — Dberaufficht über biefelbe 176 ff.; — beren Ueberwachung 177a.

Landbotationen 28.

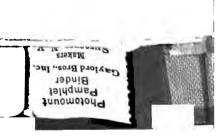
Landgemeinden 21; — beren Wahlverbände 98; — Bertretung 100; — Wahlmanner 100; — Wahlen in denselben 100, 102; — Bilbung ber Wahlbezirke für dieselben 111.

Landrath, oberster Berwaltungsbeamter des Areises 21; — Inanspruchnahme der Thätigkeit des Amtsvorstehers durch ihn 66; — Borsisender des Areisausschusses 67, 136; — bessen Amt 74 ff.; — dessen Dualistation 74; — Ernennung durch den König 74; — Stellvertretung 75, 118; — amtliche Stellung 66 f., 76; — kann nicht Ordnungsstrasen gegen den Amtsvorsteher verhängen 68; — Rechte und Pflichten 77 ff.; — dem Amtsverbande gegenüber 72; — Ausübung der Polizei 79 ff.; — Leitung der Wahlen 103 f.; — der Verhandlungen des Areistags und Borsit 118; — Berusung des Areistags 118; — Besusung der Kreiskommissionen beizuwohnen 167; — Beanstandung der Beschüffe des Areistags 178; — Prüfung der Wahlsprotosole 184.

Magbeburg, besondere Bestimmungen für ben Stadtfreis 171 ff.

Oberlandesfulturgericht, Berufung an basselbe 42.

Dberverwaltungegeticht, Rlage bei ihm 68.



Ordnungsftrafen gegen ben Umtevorsteher 68.

Bolizei, Aufhebung ber gutsherrlichen 46; — beren Ueberwachung 77; — Berwaltung 59.

Polizei berord nungen, Beschlußfassung bes Umtsausschuffes über gewisse 52.

Polizeiverwaltung, Bereinigung ber von ländlichen und ftabtifchen Bezirken 49a.

Brivatrechte, unberührt burch bie Kreisgrenzveranderung 5.

Propositionen, besondere, für den Rreistag 119.

Provinzialrath, Feststellung und Abanderung der Amtsbezirke durch ihn 49; — dessen Befugniß, ländliche Bezirke mit dem einer Stadt polizeilich zu vereinigen 49a; — dessen Beschluß über die Vorschlagsliste zur Bahl der Amtsvorsteher 56.

Regieren be Saufer, beren Stellvertretung bei ben Bahlen 97.

Richter, Dorfrichter 22.

Sachsen, Provinz, besondere Regelung der Gemeinde= und Polizeiverwaltung 181; — höhe des Betrages zur Beurtheilung der Mitgliebschaft des Wahlverbandes 86, 183.

Schlösser, Königliche, beren Befreiung von Kreisabgaben 17. Schössen 22 ff.; — beren Wahl 23 f.; — Strafe bei Weigerung ber Uebernahme bes Amtes als solcher 25; — Bestätigung 26; — Bereidigung 27; — baare Auslagen berselben 34a; — Dienstvergehen 35; — unentgeltliche Verwaltung ihres Amtes 28; — Amtsthätigkeit 28; — Vermehrung 22; er bertritt ben Gemeindevorsteher als Amtsvorsteher 57.

Schöffenamt 22 ff.

Schöppen s. Schöffen.

Scholze, Schulze 22, 36 ff.

Schulverbande, beren Ungerreißbarteit 48.

Schulzenamt 36; — bessen Berwaltung 38; — Aushebung ber mit dem Besitze von Grundstüden verbundenen Berechtigung und Berpslichtung zu dessen Berwaltung 36 ff.; — Streitigkeiten barüber im Auseinandersetzungsversahren 42.

Schulzengutsbesitzer, beren Grunbftude, Gerechtigkeiten, Borrechte 2c. 38, 40; — Aufhören beren Borrechte 39 f.; — Auseinandersetzung zwischen ihnen und ber Gemeinde 41.

Staatsbeamte, Befteuerung beren Diensteinkommens 18.

Staatspräftationen, beren Aufbringung 116.

Staatssteuern bei Bertheilung ber Kreisabgaben 10.

Städte, Ausscheiben der großen aus den Kreisverbänden als selbstständiger Kreisverband, Stadtreis 4; — beren Ausseinanderlegung mit dem bisherigen Kreise alsdann 4; — Beschlußnahme über die Aufbringung der Antheile an den Kreisabgaben 11; — deren Wahlverbände 88 f.; — Bollzziehung der Wahlen in denselben 104.

Städte=Bahlbezirke, beren Bilbung 111; - Bollziehung

der Wahlen darin 104.

Stadtbegirte 21; - Bahlen in benfelben 104.

Städtische Beborben, beren Geschäftsbesorgung in Rreistommunal-Angelegenheiten 169.

Stabtkreise 169; — beren Bildung 4; — Allgemeine Landessverwaltung an Stelle bes Kreisausschusses 170.

Stabtfreis Magbeburg, beffen Rreisiag 171 ff.; — Rreisausichuß 173 ff.

Stellvertretung ber Gutsvorsteher 31; - ber Amtsvorfteber 57.

Stralfund, Regierungsbezirf, Sobe bes Betrags gur Beurtheilung ber Mitgliebichaft bes Bahlverbanbes 183.

Streitigkeiten über Beranderung der Rreisgrenzen 3.

Syndicus, beffen Beftellung burch ben Rreistag 132.

Nebergangsbeftimmungen ber Areisordnung für die Provinz Sachsen 181 f.; allgemeine 184 ff.

Umfang ber Rreise 1 ff.

Bertreter eines Gemeinde= oder Gutsbezirks im Amtsaus= fchuffe, deren Qualifikation 51.

Bertretung bes Rreifes 84 ff.

Bermaltung bes Rreifes 130.

Berwaltungsgerichte, beren Entscheidung 3 f., 35, 110, 113;
— s. a. Bezirksverwaltungsgericht, Oberverwaltungsgericht.

Bermaltungsfachen, ftreitige, Berfahren in benfelben 8, 19, 25, 35, 67 f.

Bahlbarteit zum Wahlmann 96, 106; — zum Kreistags-Abgeordneten 96, 106.

Pamphlet Pamphlet Binder Binder Caylord Bross, Inc.

Wahlberechtigte: 95 ff.; — beren Stimmrecht 95; — Kolslektivstimmrecht 99; — zum Kreistage 101 ff.; — Aufstellung ber Berzeichnisse berselben zum Kreistage 110.

Bahlbegirte, beren Bilbung 111.

Bahlbezirksgreuzen, beren Beränderung 3.

Bahlen der Gemeindeborsteher und Schössen 23; — zum Amisausschusse 51 f; — Einspruch dagegen 51a; — Aushören deren Wirkung 51a; — Klage gegen die darüber gestaßten Beschülsse beim Kreisausschusse 51a; — zum Kreistage 85, 105; — der Wahlmänner 100 fs.; — der Kreistags Abgeordneten 94, 103 f.; — deren Bollziehung in den Wahlverbänden der größeren Grundbesitzer 94 fs.; — des Verbandes der Landgemeinden 98 fs.; — in den Städten und Städte-Wahlbezürfen 104 fs.; — Entscheidung über deren Giltigkeit 113; — Stellvertetung 97; — Abslehung 102; — Beanstandung 113; — zu dem Kreissausschuß und den Kreisstommisionen 116.

Wahlmanner ber Landgemeinben 100; — Ausübung bes Wahlrechts 100, 102; — Berluft besselben 96; — Stellvertretung 95, 97.

Bahlperiode, Dauer derselben 107.

Wahlprotokolle, beren Prüfung 113.

Bahlreglement 116.

Wahlverbände für die Wahl der Kreistagsabgeordneten 85; — deren Bildung 85 ff.; — der größeren, ländlichen Grundsbesitzer 85 f.; — deren Bildung 89; — der Landgemeinsden 85, 87 f., 91; — der Städte 85, 88 f., 92; — Berstheilung der Abgeordneten auf dieselben 89 ff.

Bahlversammlung, beren Bilbung 98.

Begebaubegirte, beren Ungerreigbarfeit 48.

3 mang & vollstre dung, Beschluß bes Kreisausschusses über bie Art ber gerichtlichen wegen Gelbsorberungen gegen Amtsverbande 55b.

Drud von Graf, Barth und Comp. (29. Friedrich) in Breslau.



In J. U. Rern's Berlag (Max Müller) in Breslau find erfchienen:

Das allgemeine Prenfifche Berggefek

vom 24. Juni 1865.

Erläutert burch bie feither ergangenen Entscheibungen und Berfügungen ber oberften Gerichtshofe und Berwaltungsbehörbert. Bon Dr. M. Busse. 1880. 3 Mark.

Das Prenfifde feld- und forftpolizeigefek

bom 1. April 1880,

aus den Materialien und mit besonderem Bezug auf die zur Ausführung desselben ergangenen Berfügungen des Ministers für Landwirthschaft, Domainen und Horsten vom 12. und 29. Mai 1880. Bon B. A. Günther, Kgl. Erster Staatsanwalt. 1880. gebbn. 3 Mark.

Das Prenfifde Gefet vom 15. April 1878,

betreffend

den Forftdiebstaßt,

mit Erläuterungen aus bem Spfteme, ber Rechtsgeschichte und ben Materialien. Bon B. A. Günther, Agl. Erster Staatsanwalt. 1878. 1 Mart 60 Bf.

Das Prenfifde Stempelgefet

vom 7. Marg 1822,

in seiner Anwendung auf privatschriftliche und notarielle Urkunden, auf gerichtlich aufgenommene freiwillige Akte, sowie auf Amtsehandlungen und Berträge 2c. der Königlichen und Kommuncalserwaltungsbehörden. Unter Berückstigung der seither ergangenen ministeriellen Erlasse, Entscheidungen der höchsten Gerichtsehöfe 2c. und unter Erläuterung an Specialfällen. Bon Leo Labus, Bureau-Assistent der Kgl. Provinzial-Steuer-Direktion in Breslau. 1880. 2 Mark 40 Kf.



STANFORD UNIVERSITY LAW LIBRARY

Prenfifde und Reichs Gefebe

10 /tolacco

in wohlfeilen Tert-Ausgaben,	
meift mit ausführlichem Cachregifter.	
Allgemeines Berggefet, vom 24. Juni 1865	50
Feld- und Forft-Bolizei-Gefett, vom 1. April 1880	30
Gefet, betreffend ben Forftdiebftahl, vom 15. April 1878	15
Befet über die Enteignung von Grundeigenthum, vom	
11. Juni 1874	30
Gefet, betreffend die Landgemeinde-Berfaffungen und	433
die ländlichen Ortsobrigfeiten in den 6 öftlichen	30
Provinzen, vom 24. April 1856	80
Gefinde-Ordnung, die vollständige	30
Grundbuch- und Sppothefen-Gefete, vom 5. Mai 1872	75
Jagdpolizeigeset, vom 7. März 1850	15
Brovinzial-Ordnung für bie Provingen Dit- und Beft-	
preugen, Brandenburg, Bommern, Schlefien und	333
Sachsen, vom 29. Juni 1875, mit ben Abanberungen	19114
und Erganzungen der Novelle vom 22. Marg 1881	50
Schwängerungs= und Allimentations - Gefet, vom	
24. April 1854	50
Stadte-Ordnung für die 6 öftlichen Brovingen, bom	12.23
30. Mai 1853	15
Bormundichafts-Gefete, die preußischen, vom Juli 1875	50
Glamanta Cubunua tiin tan Markhatta ana mil	33
Gewerbe-Ordnung für den Norddeutschen Bund. Mit	根处
ben Abanderungen und Ergänzungen der Novellen	
vom 17. Juli 1878 und 23. Juli 1879 und Gefet	
über die eingeschriebenen Silfstaffen vom 7. April 1876	50
Ronfurs Ordnung für das Deutsche Reich, von 1877	50
Strafgesetbuch für bas Deutsche Reich. Mit ben Abande-	200
rungen u. Ergänzungen ber Novelle vom 26. Februar	San Park
1876 und bem Buchergeset vom 24. Mai 1880	
3. A. Kern's Verlag (Max Müller) in Ares	slan

Photomount Pamphlet Binder Gaylord Bros., Inc. Makets

